

Leben heißt handeln

3.50 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 166/3.2025

# ROBIN WOOD

magazin

Rumänische Urwälder  
nicht verfeuern!



Lieferketten-  
gesetz retten

Barrierefrei  
mobil

Proteste  
gegen Tesla



In den rumänischen Karpaten gibt es die größten zusammenhängenden Buchenurwälder Europas. Doch ihre Existenz ist gefährdet. In rasantem Tempo werden diese Wälder für den Holzhunger der Welt ausgebeutet. Lesen Sie dazu mehr ab Seite 14 dieses Magazins

Foto: Jana Ballenthien/ROBIN WOOD



Foto: Kerstin Carstens

Magazinredaktion sucht Entspannung und Sauerstoff im Wald: Wälder sind unsere wichtigsten Verbündeten gegen die Klimakrise

## Liebe Leser\*innen,

weil mir die Auswahl der Musik gefällt, höre ich im Radio einen Sender, der zu jeder vollen Stunde nur gute Nachrichten verkündet. Für mich eine erstaunliche Initiative zur Realitätsverweigerung. So weiß ich aber jetzt, dass in Paris die Wasserqualität der Seine so gut geworden ist, dass die Menschen wieder an mehreren kostenlosen Badestellen mitten in der französischen Hauptstadt ins kühle Nass steigen. In der letzten Magazinausgabe freute sich die Redaktion, Ihnen **gute Nachrichten** überbringen zu können: So hat das Engagement von ROBIN WOOD und all seiner Unterstützer\*innen bewirkt, dass Porsche den alten Steineichenwald in Apulien nicht für eine neue Teststrecke rodet. Oder dass Hamburg von seinen Plänen abrückt, das ehemalige Kohlekraftwerk Tiefstack auf Holz umzurüsten. Stattdessen installiert die Stadt eine größere Flusswasser-Wärmepumpe.

Leider sind die guten Nachrichten rar geworden. So werden **die einmaligen rumänischen Urwälder** weiter für den Holz hunger dieser Welt ausgebeutet. Treiber dieses Raubbaus ist die Holzwirtschaft, die am Rande der Karpaten das größte Sägewerk Europas betreibt. Aktive von ROBIN WOOD waren im Juni 2025 vor Ort, um mit NGOs aus Rumänien und Schweden gegen den illegalen Raubbau in den Urwäldern Rumäniens zu protestieren. Gerade die letzten Urwälder und naturnahen Wälder sind besonders wichtig für den Arten- und Klimaschutz. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 14 dieser Ausgabe.

Seit Jahren kämpft **ROBIN WOOD für ein wirkungsvolles Gesetz gegen die globale Entwaldung**. Doch ausgerechnet jetzt – nur wenige Monate bevor die Anwendung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) endlich starten soll – wollen Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer und die Bundes-

regierung Änderungen durchsetzen, die weitreichende Folgen haben werden. Die EUDR ist eines der wichtigsten Instrumente Europas, um unsere Wälder, das Klima und die Artenvielfalt zu schützen. Endlich könnten Menschenrechtskonflikte, die beim Anbau von Rohstoffen wie Soja, Palmöl, Kaffee und Kakao entstehen, gestoppt werden. Und das ist dringend nötig: Im vergangenen Jahr war der weltweite Waldverlust so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auf den Seiten 26 und 27 erfahren Sie mehr dazu.

Ein weiteres Gesetz steht gerade auf der Kippe. Das **Lieferkettengesetz** schützt Menschen weltweit vor Ausbeutung und die Umwelt vor Zerstörung. Seit 2023 gilt es in Deutschland, im April 2024 wurde dann die EU-Richtlinie beschlossen. Sie soll ab 2028 gelten. Doch nun drohen Rückschritte: Die neue Bundesregierung will das deutsche Gesetz abschwächen. Auf EU-Ebene versucht sie mit weiteren Regierungen und Lobbygruppen, die Richtlinie in entscheidenden Punkten zu entkerneu. Der politische Wind hat sich gedreht. Jetzt braucht das Gesetz unsere Unterstützung: Bitte unterzeichnen Sie unsere **Online-Petition: [www.robinwood.de/petition-lieferketten](http://www.robinwood.de/petition-lieferketten)**. Werden Sie gemeinsam mit uns aktiv! Herzlichen Dank! Mehr Infos finden Sie ab Seite 20 dieser Magazinausgabe.

**ROBIN WOOD-Flostour 2025, Like the sea we rise:** Vom 22. August bis 7. September wollen die Aktiven auf dem Rhein mit kreativen Aktionen und vielen Infos entlang der Strecke für mehr Klimagerechtigkeit und echten Klimaschutz werben. Schauen Sie bitte auf Seite 14 dieser Ausgabe oder online ins digitale Logbuch unter: **[www.robinwood.de/flostour-2025](http://www.robinwood.de/flostour-2025)**.

Alles Gute für Sie und bleiben Sie aktiv, für die Magazin-Redaktion, Ihre Christiane Weitzel



Foto: ROBIN WOOD/Fenna Otten

Seite 7

tatorte 

- 6 Berlin: Alois, es brennt, Wälder schützen!
- 7 Brake: Wälder stärken, nicht verheizen
- 8 Osnabrück: ÖPNV statt Panzer
- 9 Isenbüttel: Keine A39 – Wald statt Asphalt
- 10 Barrierefreiheit bei der Bahn
- 11 Radfahren verbindet – Köln bleibt bunt
- 12 Floßtour 2025
- 13 Aktive in Aktion: Kerstin

 wald

- Rumänien: Europäische Urwälder nicht verfeuern! 16
- ROBIN WOOD-Umweltreport: 18
- Sägewerk zerstört letzte Urwälder in den Karpaten

Seite 14



Foto: ROBIN WOOD/Linckh

Seite 20

tropenwald 

- 20 Petition Lieferkettengesetz: Gewinne ohne Gewissen?
- 22 Auf die Lieferkette: Mit guten Argumenten für ein starkes Lieferkettengesetz





Seite 26

Foto: ROBIN WOOD/Smaluhn

tropenwald 

26 Es brennt! Waldverlust, Entwaldung, Klimakrise – und eine Regierung, die so tut, als wäre das kein Grund zu handeln

 verkehr

Autofabriken umbauen – aber sozial-ökologisch! 28  
 Neues zur Tesla Gigafactory 30  
 in Grünheide



Seite 28

Foto: ROBIN WOOD



Seite 32

Foto: ROBIN WOOD

bücher 

37 Vom Leben im Totholz  
 37 The Woods

internes 

32 Eifel: ROBIN WOOD-Förder\*innentreffen  
 34 Lasst uns über Morgen reden  
 35 Gemeinsam für die Wälder  
 38 Spenden statt Geschenke  
 38 Impressum



Foto: ROBIN WOOD/Smaluhn

ROBIN WOOD forderte von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer bei der Ratssitzung der EU-Agrarminister\*innen auf die pünktliche Umsetzung der EU-Verordnung zu drängen

## Alois, es brennt! Wälder schützen!

**Berlin, 10. Juli 2025:** „Alois, es brennt! EUDR retten, Wälder schützen“ – ein Banner mit dieser Forderung spannten ROBIN WOOD-Aktivist\*innen zwischen zwei Fahnenmasten vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin. Am Boden demonstrierten weitere Umweltschützer\*innen mit Flammen aus Pappe. Angesichts der eskalierenden Klimakrise und weltweit zunehmender Waldbrände forderten sie Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf, sich bei der letzten Ratssitzung der EU-Agrarminister vor der Sommerpause für die EU-Verordnung gegen globale Entwaldung (EUDR) stark zu machen – ohne weitere Verzögerungen und inhaltliche Abschwächungen.

Die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte ist seit Juni 2023 in Kraft und sollte ab Ende 2024 verbindlich angewendet werden. Nach Widerstand von Konservativen und Rechten im EU-Parlament wurde der Gültigkeitsbeginn auf Ende 2025 verschoben. Die Verordnung verpflichtet Unternehmen, für bestimmte Rohstoffe und Produkte wie Palmöl, Rindfleisch, Soja und Holz nachzuweisen, dass diese nicht aus Entwaldung, Walddegradierung oder illegaler Produktion stammen. Die Verordnung gilt für alle Marktteilnehmer – innerhalb und außerhalb der EU. Die meisten Unternehmen haben sich darauf eingestellt. Sollte nun das Gesetz noch einmal geändert werden, drohen weitere Verzögerungen.

Vor allem konservativ regierte Mitgliedstaaten mit starker Forstwirtschaft üben derzeit Druck auf die EU-Kommission aus. Sie fordern eine Deregulierung der EUDR. Eine Null-Risiko-Kategorie soll für Länder definiert werden, in denen es

angeblich kein Entwaldungsrisiko gibt. Die Forstwirtschaft der EU solle so weitgehend von Sorgfalts- und Dokumentationspflichten entbunden werden. Waldbesitzende müssten keine Herkunftsnachweise für Holz mehr erbringen. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer befürwortet eine Null-Risiko-Variante. Bundeskanzler Friedrich Merz forderte gar EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Brief auf, die deutsche Land- und Forstwirtschaft mit der Null-Risiko-Kategorie aus dem Anwendungsbereich der EUDR zu nehmen.

„Wenn in globalen Lieferketten die Rückverfolgbarkeit des Holzes in einigen Ländern ausgesetzt wird, verschwindet die gesamte Lieferkette im Zwielflicht. Damit würde eine riesige Einfallschneise für den illegalen Handel mit Holz aus entwaldeten und degradierten Flächen geschaffen! Schon jetzt erreicht zum Beispiel russisches Birkenperrholz aus Konfliktregionen über Drittstaaten und ohne Kontrollen den deutschen Markt. Mit der „Null-Risiko-Kategorie“ würde dies noch vereinfacht, anstatt es zu stoppen“, sagt ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin Fenna Otten.

Deshalb warnte am **17. Juli 2025** ein Bündnis der Umweltschutzorganisationen DUH, NABU, BUND, WWF, OroVerde, Global Nature Fund und ROBIN WOOD in einem offenen Brief Bundeskanzler Friedrich Merz vor einer massiven Schwächung der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR). Zudem forderten die Organisationen nach bereits erfolgtem Aufschub und vielen Vereinfachungen, das Gesetz nun wie geplant und ohne weitere inhaltliche Änderungen Ende des Jahres umzusetzen.

## Wälder stärken, nicht verheizen

**Brake, 2. Juli 2025:** Der Ort des Geschehens, weit entfernt von den Landkonflikten in Honduras oder der Ausbeutung auf Palmölplantagen in Guatemala, ist die Fettraffinerie von Olenex im niedersächsischen Brake. Hier wird Palmöl verarbeitet, das aus Konfliktregionen stammt. Der scheinbar saubere Industriestandort steht exemplarisch für eine globale Lieferkette, die auf Vertreibung, Umweltzerstörung und Profit basiert. Mit einer Banneraktion vor Ort forderten die Aktiven von ROBIN WOOD: Verantwortung. Nur ein starkes Lieferkettengesetz kann die nötige Transparenz schaffen und die Verbindung zwischen betroffenen Orten im Globalen Süden und Verarbeitungsstätten wie in Brake endlich sichtbar machen.

Am Abend vor der Aktion war das Banner gepackt, die Gurte bereit zum Klettern, alle Aufgaben verteilt. Wäre da nicht das Schlauchboot gewesen, das leise vor sich hin zischte und wie wir alle, ein bisschen aus der Puste war. Einige gingen früh schlafen, um Kraft zu sammeln, andere kümmerten sich um das Boot, mischten Kleber an und flickten die undichte Stelle. Am nächsten Morgen: Boot noch mal aufpumpen und die Spannung stieg. Letzte Absprachen wurden getroffen und wir bereiteten unsere Rollen vor. Denn hinter jeder Aktion stehen weit mehr Menschen als auf den Bildern zu sehen sind.

Dann war es soweit: Wir stiegen ins Boot, das offenbar doch noch irgendwo Luft verlor und fuhren über die Weser zu zwei Dalben, an denen Schiffe festgemacht werden oder Aktivist\*innen klettern können. Mit ein paar Startschwierigkeiten spannten wir das Banner über der Weser, leuchtend gelber Bannerstoff mit einer deutlichen Botschaft vor der grauen Raffinerie. Unsere Forderung zusammen mit den Menschen von der CIR: „Verfolgung? Vertreibung? Verantwortung – Kein Palmöl aus Raubbau.“

Nach einiger Zeit bauten wir das Banner wieder ab. Doch die Realität bleibt, das System der Ausbeutung läuft weiter: Olenex verarbeitet weiter, als wäre nichts gewesen. Darum kämpfen wir weiter für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen, für eine Übernahme von Verantwortung und gegen die Klimakrise.

Gerade jetzt steht das Lieferkettengesetz auf der Kippe. Dabei ist es ein unverzichtbares Instrument, um die Verbrechen in den Lieferketten sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Unsere Solidarität gilt all jenen, die in den Anbauländern gegen Vertreibung, Gewalt und Umweltzerstörung kämpfen.

*Jona (er/neutral), ROBIN WOOD-Aktivist\*in*

**Verantwortung! Nur ein starkes Lieferkettengesetz schützt vor Zerstörung und Vertreibung**



Foto: ROBIN WOOD/Fenna Otten



Foto: ROBIN WOOD

ROBIN WOOD-Aktive forderten vor dem VW-Werk in Osnabrück: ÖPNV statt Panzer! Sie wollen damit eine Debatte über eine sozial-ökologische Umnutzung des Werkes anstoßen

## ÖPNV statt Panzer!

**Osnabrück, 11. Juni 2025:** In der Narupstraße in Osnabrück wehen große Volkswagen-Flaggen vor dem Werksgelände. An einem Montagmorgen Mitte Mai weht vor den Werkstoren noch ein weiteres Banner: „ÖPNV statt Panzer! Jobs nicht auf Krieg aufbauen“, mahnt es. Aktive von ROBIN WOOD haben begonnen, sich mit der zunehmenden Militarisierung auseinanderzusetzen. Neben Diskussionen über Wehrpflicht und neuen Milliarden für die Bundeswehr gibt es auch Bezüge zur Umwelt- und Klimapolitik. Diese schaut sich eine Aktionsgruppe genauer an.

In den vergangenen Monaten war immer wieder im Gespräch, das VW-Werk in Osnabrück zukünftig für die Produktion von Rüstungsgütern zu verwenden. Medienberichten zufolge sei die Automobilproduktion am Standort Osnabrück nur bis 2027 gesichert, für die Zeit danach würden andere Verwendungsmöglichkeiten diskutiert. Volkswagen ist – wie die deutsche Automobilindustrie insgesamt – aktuell in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. So brach der Gewinn des Konzerns im ersten Quartal 2025 um mehr als 40 Prozent ein. In Osnabrück arbeiten derzeit 2300 Beschäftigte. Informationen deuten nun darauf hin, dass das Werk ab 2027 für die Produktion von militärischen Fahrzeugen genutzt werden könnte – vor allem Rheinmetall scheint interessiert an den Produktionsmöglichkeiten des Werks.

Hintergrund der möglichen Ausweitung von Produktionskapazitäten von Rüstungsunternehmen in Deutschland ist die Lockerung der Schuldenbremse, die vom Bundestag am 18. März 2025 beschlossen wurde. Damit ist eine Zeit der

Aufrüstung der Bundeswehr eingeläutet worden. Unternehmen wie Rheinmetall können so mit mehr Aufträgen in den kommenden Jahren rechnen. Die Übernahme von Fachkräften sowie von bestehenden industriellen Produktionsstandorten ist für solche Unternehmen eine einfache Möglichkeit, schnell ihre Produktion auszuweiten.

In Görlitz ist dies aktuell bereits Realität: Seit über 200 Jahren leistet das Unternehmen Alstom eigenen Angaben nach einen Beitrag zur öffentlichen Mobilität. 700 Angestellte bauen und reparieren momentan in Görlitz unter anderem Loks und Straßenbahnen. Nun wird auch hier die Zeitenwende sichtbar: Der Rüstungskonzern KNDS übernimmt in diesem Jahr das Werk und wird zukünftig Rüstungsgüter produzieren – unter anderem den Kampfpanzer Leopard 2 und den Schützenpanzer Puma. Um auch hier aufzuzeigen, dass die Verkehrswende nicht zugunsten der Rüstungsproduktion aufgegeben werden darf, haben Aktivist\*innen rund um den 1. Mai gegen eine Konversion eines Bahnunternehmens zu einem Standort für Rüstungsproduktion protestiert.

Die Sicherung von Jobs ist aus der Perspektive von ROBIN WOOD ein wichtiger Baustein der Debatte um die Weiterentwicklung der Industrie in Deutschland. Fachkräfte und auch Industrieanlagen sollten sinnvoll (weiter-)genutzt werden. Zugleich wird die Debatte, was an diesen Standorten zukünftig produziert wird, momentan anhand von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kriterien entschieden. Die im Militärssektor neu entstehende wirtschaftliche Nachfrage wird dabei vom Staat selbst erzeugt, staatliche Gelder fließen

dorthin und fehlen in der Klima- und Sozialpolitik. Die Perspektiven der Beschäftigten und eine gesellschaftliche Debatte, was sinnvoll und notwendig produziert werden sollte, fehlt unterdessen.

ROBIN WOOD macht sich daher dafür stark, in der Diskussion um die Weiternutzung von Industriestandorten eine Verkehrswendeperspektive in den Blick zu nehmen. Viele Menschen warten auf den Ausbau des ÖPNV, hier müssen dringend Investitionen getätigt werden. Die Perspektive einer sozial-ökologischen Konversion der Automobilindustrie, wurde von einigen Akteur\*innen in den vergangenen Jahren bereits vorgedacht und angestoßen. Insbesondere zu nennen sind hierbei die Fabrik GKN in Florenz, in der Beschäftigte eine von der Schließung bedrohte Fabrik übernahmen, um dort Solarmodule und Lastenräder zu produzieren. Auch in Wolfsburg wurde unter dem Slogan „VW steht für Verkehrswende“ eine Debatte angestoßen, ob die Krise der Auto-

mobilitätsindustrie in Deutschland nicht für eine umfassende Demokratisierung der industriellen Produktion (Vergesellschaftung) und eine Umstellung der Produktion auf Bahnen und Busse (Konversion) nutzbar gemacht werden könnte.

In Osnabrück steht diese Diskussion noch aus. Das Ende der Automobilproduktion für 2027 ist wahrscheinlich – was anschließend mit dem Standort geschehen wird, kann eine breite zivilgesellschaftliche Debatte aktuell noch beeinflussen. ROBIN WOOD steht für eine sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie ein. Die aktuelle Umbruchphase sollte für die gesellschaftliche Debatte über eine zukunftsfähige Mobilität genutzt werden.

*Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferat*

Mehr Infos zum Thema auf Seite 28 dieser Ausgabe

## Keine A39 – Wald statt Asphalt!

*Isenbüttel, 8. Juli 2025:* Am 08. Juli fand im niedersächsischen Isenbüttel eine Werbeveranstaltung der Industrie- und Handelskammern Lüneburg-Wolfburg und Braunschweig für die A39 statt. Die Autobahn soll auf über 100 Kilometern zwischen Wolfburg und Lüneburg als vermeintlicher „Lückenschluss“ neu gebaut werden. ROBIN WOOD, das Klimakollektiv Lüneburg, der Dachverband der Bürgerinitiativen gegen die A39 sowie die BUND-Kreisgruppe Gifhorn kritisieren die Positionierung der IHK pro Autobahnbau – auch mit Blick auf anstehende Wahlen. Denn am 13. September 2026 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt und

im Herbst 2027 Landtagswahlen. Die Positionierung der IHK sendet hier eindeutig das falsche Signal! Wer Straßen sät, erntet Autoverkehr. Wer dagegen Schienen baut, ermöglicht soziale und ökologische Mobilität! Um in der Mobilitätswende weiterzukommen, müssen wir all unsere Kapazitäten darauf konzentrieren, das Netz öffentlicher Verkehrsmittel auszubauen!

ROBIN WOOD setzt sich zusammen mit vielen anderen Umweltorganisationen schon seit Jahren unter anderem mit Protesten und Raddemos gegen den Bau der A39 ein. Bei



Nahverkehr statt Autobahn! Der Neubau der A39 zwischen Wolfburg und Lüneburg würde eine der letzten autobahnfreien Regionen Deutschlands zerschneiden und zwei FFH-Gebiete beeinträchtigen

einem Vernetzungs- und Planungstreffen kam die Idee auf, dass man eine solche einseitige Werbeveranstaltung wie die der IHK nicht unkommentiert stehen lassen dürfe. So taten sich einige engagierte Aktivist\*innen zusammen und organisierten eine kleine Gegenaktion. Damit machten sie darauf aufmerksam, wie unzeitgemäß der Ausbau von Autobahnen ist.

Eine Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln war nicht möglich. Also setzten sich sechs entschlossene Aktivist\*innen am Dienstag Mittag ins Auto und machten sich auf den Weg zu der Veranstaltung. Ausgerüstet mit Bannern und einem Megafon kamen sie am Aktionsort an. Erst einmal wurde der Aktionsort inspiziert. Als die Besucher\*innen der Veranstaltung eintrafen positionierten sich die Aktivist\*innen mit zwei Banner: „Autobahn“ und „Unsere Zukunft?! Wald statt Asphalt“ vor dem Eingang. Einige Besucher\*innen bedankten sich für die Präsenz der Gegenseite,

andere standen dem eher kritisch gegenüber. Die Aktion verlief friedlich und konfliktlos und ein Ziel wurde erreicht: Es kam zu kritischen Gesprächen und Informationserstattung der A39 gegenüber.

Denn wenn man jetzt auch noch eine der letzten Autobahn-freien Regionen Deutschlands zerstört, würde das zwei FFH-Gebiete beeinträchtigen, weitere Flächen würden versiegelt und der Verkehr würde zunehmen. All das verschärft die Klimakrise. ROBIN WOOD steht deshalb mit dem Bündnis gegen die Lobbyinteressen von IHK und Großunternehmen ein und lehnt weiterhin die A39 ab! Was wir brauchen ist eine sozial-ökologische Mobilitätswende, sodass alle Menschen klimaschonend und barrierefrei mobil sein können und es das nächste mal möglich ist, mit dem ÖPNV zu so einer Veranstaltung zu fahren!

*Hanja Hoffmann, ROBIN WOOD, Hamburg*

## Barrierefreiheit bei der Bahn



*Eine Mobilitätswende muss auch Barrierefreiheit und Zugang für Alle zum Bahnverkehr garantieren*

*Wenn Menschen im Rollstuhl Zug fahren möchten, sind sie in der Regel vielen Barrieren ausgesetzt: Fahrstühle sind kaputt, Stufen sind im Weg und im Fernverkehr muss vorher der Mobilitätsservice informiert werden, um den Einstieg zu ermöglichen. Aktivist\*innen setzen sich dafür ein, diese Missstände zu benennen, und wirken darauf hin, dass Barrierefreiheit stärker ins bahnpolitische Bewusstsein rückt. Denn es gibt ein Recht auf Mobilität und Beförderung für alle Menschen.*

Dass es um die Barrierefreiheit von Bahnunternehmen aber schlecht bestellt ist, zeigt ein Vorfall vom 4. Mai 2025: Einem Rollstuhlfahrer soll unter Einsatz von physischer Gewalt die Mitfahrt in einem Zug der norddeutschen Regionalbahn-Gesellschaft Metronom verweigert worden sein. Der Betroffene wollte am Bahnhof Lüneburg in den Zug einsteigen. Ein Mitarbeiter verweigerte ihm den Zutritt, warf den Rollstuhl auf den Bahnsteig und setzte physische Gewalt ein, um der Person die Mitfahrt zu verunmöglichen. Begründet wurde die Handlung des Mitarbeiters damit, dass der Zug angeblich voll sei. Fußgänger\*innen stiegen jedoch weiter ein. Der Betroffene wurde als Einziger zurückgelassen. Im Nachgang des Vorfalls meldeten sich weitere Betroffene zu Wort, die ähnliche Erfahrungen mit dem Mitarbeiter des Metronoms beschrieben. Die Metronom-Gesellschaft stellt die Situation anders dar und erstattete sogar Anzeige gegen den Betroffenen, Ilias Emmanuil.

Die Auseinandersetzung zeigt, was gesellschaftliche Diskriminierung im Konkreten für Menschen mit Behinderung bedeutet. Ableismus kommt vom englischen „to be able“ und ist die Ungleichbehandlung und Diskriminierung, die Menschen aufgrund ihrer Behinderungen gesellschaftlich erfahren. Dies zeigt sich auch daran, dass Menschen im Rollstuhl aktuell häufig vom Zug- oder Buspersonal abhängig

sind, ob sie mitfahren dürfen oder nicht. Die Bedienung von Rampen und Einstiegshilfen verschafft dem Personal damit eine Macht über die Betroffenen.

„Barrierefreiheit gibt es aktuell, wenn überhaupt, bei den meisten Zügen durch Abhängigkeit. Echte Barrierefreiheit wäre ein Zugang, ohne von der Bedienung einer Rampe oder eines Hublifts durch das Personal abhängig zu sein. Ich muss immer warten, dass die Rampe, der Lift eingesetzt wird, und steige meistens als Letzte ein. In der Zeit belegen die Fußgänger\*innen die Rollstuhlplätze, insbesondere zu Stoßzeiten. Es ist auch eine Barriere, diese auffordern zu müssen, Platz zu machen. Oder man wird sogar wie im Fall von Ilias stehengelassen! Der Zugang zum einzigen Niederflurwagen mit der Rampe und den Rollstuhlplätzen wurde verweigert, weil der Wagen voll mit Fußgänger\*innen war. Warum wurde Ilias der Zustieg verwehrt, statt die Fußgänger\*innen zu bitten, ihm Platz zu machen?“ fragt ROBIN WOOD-Aktivistin Cécile Lecomte, selbst Rollstuhlfahrerin.

### Solidarisch gegen Ableismus

In Lüneburg kamen Mitglieder der „anti-ableistischen Aktion“ zu Hilfe und unterstützten die betroffene Person am Bahnhof. Im Nachgang äußerte sich Annetraud Grote, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, und der Beirat für Menschen mit Behinderung für Hansestadt und Landkreis Lüneburg, und forderte intensivere Schulungen für das Personal und mehr Tempo bei der Umsetzung von Barrierefreiheit.

### ROBIN WOOD fordert:

- Eine umfassende Klärung des Vorfalles und intensivere Schulungen der Mitarbeitenden unter Einbeziehung des Betroffenen
- Abbau von ableistischen Barrieren in der Mobilität: Mehr barrierefreie Plätze in Zügen, mehr Flexibilität bei der Zugwahl, die Sicherstellung von barrierefreien Wegen zu den Gleisen usw., also Zugang ohne Abhängigkeit vom Personal zum Überwinden von Barrieren.
- Die Möglichkeit für Betroffene, Beschwerden einfach, unbürokratisch, datenschutzfreundlich und barrierefrei bei einer unabhängige Stelle einzureichen

Auch im eigenen Leben ist es möglich, solidarisch mit Betroffenen von Ableismus zu sein: Von einer kritischen Auseinandersetzung mit Barrieren am eigenen Wohn- oder Arbeitsort bis hin zur praktischen Solidarität bei diskriminierenden Vorfällen ist es wichtig, das Thema im Blick zu behalten. Die Selbstorganisation von behinderten Menschen sowie ein unterstützendes Umfeld aus Allies (Ally: eine Person, die sich solidarisch mit benachteiligten Gruppen zeigt und sich aktiv für deren Rechte einsetzt), kann dazu beitragen, Barrieren abzubauen. Dazu gehört es auch, anti-ableistische Forderungen mit ins politische Handeln zu integrieren: Wer für eine Mobilitätswende kämpft, kann diese nicht ohne den Aspekt der Barrierefreiheit gewinnen – denn sozial gerechte Mobilität ist eine, bei der alle mitfahren können.

*Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferat*

## Radfahren verbindet – Köln bleibt bunt!

**Köln, 15. Juni 2025:** Bei sommerlichem Wetter starteten auf insgesamt zehn unterschiedlichen Routen aus sieben verschiedenen Stadtteilen zahlreiche Radfahrer\*innen unter dem diesjährigen Motto „Radfahren verbindet – Köln bleibt bunt“. 1300 Radelnde protestierten für sichere Radwege und eine gute Radinfrastruktur in Köln. Es gab auch eine extra Runde für die teilnehmenden Kinder der Kidical Mass-Demo. Auch die Kleinsten traten dabei kräftig und ausdauernd in die Pedale! Die Abschlusskundgebung fand mit Reden und Live-Musik auf dem Heumarkt statt.

Zwar hat sich für den Radverkehr in Köln schon einiges verbessert. Es gibt diverse neue Radwege und viele Einbahnstraßen, die man entgegen der Fahrrichtung befahren darf. Aber die geplanten Radschnellwege sind noch lange nicht fertig, weil die Umsetzung ins Stocken geraten ist. Baustellen werden oft schlecht ausgeschildert oder die Radwege enden dort für Radfahrende plötzlich im Nichts, diverse Gefahrstellen müssen noch beseitigt werden. Eine sehr gute Nachricht am Schluss: Mitte Mai waren laut Zählstelle an den Kölner Ringen mehr Radfahrer\*innen als Autofahrer\*innen unterwegs! Das ist sehr erfreulich. Prima, weiter so!

*Irmgard Kahl, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Köln*



Foto: Andrea Skroch



## Einladung zur ROBIN WOOD-Floßtour 2025

Bei der Floßtour 2024 war das Thema: Für Wälder, Vielfalt, Höfe! Soja nicht verfüttern!

# Like the sea we rise

Ahoi! ROBIN WOOD setzt sich seit über 40 Jahren mit bildstarken Aktionen für eine lebenswerte Zukunft ein. Unsere Floßtour ist dabei ein ganz besonderes Mittel des bunten Protests. Seit 1999 sind wir fast jedes Jahr mit unserem Floß unterwegs – immer mit einem anderen Thema, immer an anderen Orten. Aber unser Ziel bleibt: Wir möchten Aufmerksamkeit auf wirksamen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit lenken, Ideen austauschen, wie wir schonender und fairer mit den natürlichen Ressourcen umgehen können. Und dabei auch ein bisschen Utopie leben.

Bald startet die Floßtour 2025! Am 22.8. heißt es wieder Leinen los. Wir fahren dieses Jahr auf dem Rhein von Mainz nach Düsseldorf! Ob Rechtsruck, Wohnungsnot, Kriege oder Erderwärmung: Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Die Klimakrise hängt dabei oft mit vielen anderen Problemen eng zusammen – und trotzdem ist sie aus dem Fokus von Öffentlichkeit und Medien gerückt. Wir möchten das verändern! Denn die Klimakrise vergeht nicht, nur weil wir sie ignorieren.

### UNSERE ROUTE AUF DEM RHEIN



Dabei ist schon längst klar, was getan werden muss: Wir brauchen eine Energiewende, müssen Wälder schützen, Mobilität neu gestalten und dabei alle mitdenken. Klimaschutz ist auch immer eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit. Dabei ist zu beachten, dass Überreiche super viele Klimaschäden verursachen. Gemeinsam sagen wir deshalb: Leinen los! Volle Fahrt voraus für Klimagerechtigkeit!

Als Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir uns ständig neu vernetzen, uns austauschen und weiterentwickeln. Genau dafür möchten wir mit der Floßtour einen Raum schaffen und laden euch ein, mit uns Fragen wie diese zu diskutieren: Wie können wir als Klimabewegung etwas bewirken? Wie kann die Zukunft, die wir uns wünschen, konkret aussehen?

Weitere Infos unter :  
[flosstour.de](https://flosstour.de), [flosstour@robinwood.de](mailto:flosstour@robinwood.de)  
 Floßhandy: 01512-4694009

# Aktive in Aktion

*Die Aktiven von ROBIN WOOD stehen und klettern für eine Zukunft, die auch kommenden Generationen ein gutes Leben auf diesem Planeten ermöglicht. Wir möchten Ihnen an dieser Stelle in lockerer Folge einige Aktivist\*innen von ROBIN WOOD vorstellen. Sie sind ehrenamtlich für die Umwelt aktiv.*

Ich bin Kerstin aus Thüringen, 64 Jahre alt und seit einem Jahr bei ROBIN WOOD aktiv. Vorher war ich schon viele Jahre Förderin, weil ich die konsequente, mutige und kreative Arbeit von ROWO sehr schätze und die Umweltbewegung unterstützen wollte. Ich versuche schon immer umweltbewusst zu leben, war bzw. bin auch in anderen Umwelt- und Friedensgruppen aktiv und übe mich gern mal in zivilem Ungehorsam.

Bei einem Förder\*innentreffen auf der Insel Vilm 2022 konnte ich einen Einblick in die Vereinsarbeit gewinnen und einige Fachreferentinnen kennenlernen. Ich war sofort von der Stimmung im Team und der tollen inhaltlichen Arbeit begeistert und nahm mir vor, sobald es meine Zeit erlaubt, mich aktiv einzubringen. Das ist jetzt im (Un)Ruhestand möglich, und so bin ich Anfang 2024 bei mehreren Aktionen, u.a. für den Schutz der rumänischen Wälder und ein gutes Bundeswaldgesetz, eingestiegen. Sehr schön fand ich den niedrigschwelligen Einstieg, die Altersmischung und den achtsamen Umgang miteinander. Hierfür sorgt unter anderem ein Awarenesskonzept. Leider gibt es keine Regionalgruppe in meiner Nähe, deshalb suche ich mir Aktionen, die ich von meinem Heimatort mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichen kann, und fahre dafür auch gern mal durch halb Deutschland.

In meiner Jugend bin ich viel geklettert, das überlasse ich aber jetzt den Jüngeren und unterstütze von unten. Mich interessieren alle Themen von ROWO sehr. Der Ökostrom-report war mir schon vor Jahren eine Hilfe bei der Suche nach einem (echten) Ökostrom-anbieter.

Ein Highlight war für mich die Floßfahrt im Sommer 2024 auf dem Mittellandkanal gemeinsam mit der Aktion Agrar unter dem Motto „Soja grillt Zukunft“. Es gab viel inhaltlichen Input über landwirtschaftliche Themen, spannende Aktionen bei Futtermittelproduzenten gegen die Verfütterung von Soja in der Massentierhaltung und entspanntes Zusammensein mit netten Menschen.

Ich finde es gerade in der aktuellen Situation, wo Umwelt, Klima und Gerechtigkeit in den Hintergrund zu geraten drohen und die politische Entwicklung in die falsche Richtung geht, total wichtig, laut und kreativ diese Themen immer wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Deshalb mache ich bei ROWO mit.



Ob beim Aktiventreffen oder der Floßtour: Kerstin übt sich gerne in zivilem Ungehorsam

## Sei dabei! – Aktiv werden bei ROBIN WOOD

Darum geht's: Wir mischen uns mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen in politische Debatten ein und streiten für eine umweltfreundliche, klimagerechte und solidarische Gesellschaft. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität.

ROBIN WOOD-Aktive gibt es in ganz Deutschland! Einige von ihnen sind in Regionalgruppen organisiert, andere mischen bundesweit mit. Das Büro in Hamburg unterstützt die Aktiven bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Für alle gibt es Platz bei ROBIN WOOD! Unabhängig vom Alter oder von der Erfahrung – wir freuen uns über alle neuen Menschen. Egal, ob in spektakulären und bildstarken Aktionen, in inhaltlicher Facharbeit zu unseren Themen oder hinter den Kulissen als Unterstützer\*in – es gibt viele Möglichkeiten, wie du dich bei uns einbringen kannst.

Melde dich gerne bei unserer Aktivenunterstützerin Clara Tempel: [clara.tempel@robinwood.de](mailto:clara.tempel@robinwood.de)  
Mehr Informationen über ROBIN WOOD findest du online unter [www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)





**AGENT GREEN ROBIN WOOD SAVE ROMANIAN PRIMAR**

Foto: ROBIN WOOD/Linckh



**RY FORESTS!** euro  
NATUR

*Im Sommer 2019 entrollten Aktive von ROBIN WOOD, AGENT GREEN und Euronatur bei einer spektakulären Aktion dieses Banner über einem steilen Tal in den Karpaten, um gegen die Zerstörung der einmaligen Buchenwälder in Rumänien zu protestieren. 2025 waren die Aktiven wieder vor Ort, da ein Schutz dieser letzten Urwälder immer noch nicht umgesetzt ist*



Fotos: ROBIN WOOD/Ballenthien

Juni 2025: Mit NGOs aus Rumänien und Schweden protestierten Aktive von ROBIN WOOD gegen den illegalen Raubbau in den Urwäldern der Karpaten!

## Europäische Urwälder nicht verfeuern!

Im Juni 2025 fuhr Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, und Aktive von ROBIN WOOD nach Rumänien in die Buchen-Urwälder der Karpaten zum Erfahrungsaustausch mit befreundeten Organisationen aus Rumänien und Schweden und zu gemeinsamen Aktionen.



„Wir schützen die letzten Urwälder Europas“, so Jana Ballenthien in den Karpaten

Während unserer Zeit dort konnten wir die uralten Buchenwälder gemeinsam mit den anderen europäischen Wald-NGO und den Aktiven vor Ort erleben. Doch auch gigantische Kahlschläge ehemals intakter, uralter Wälder bekamen wir zu sehen. Fest steht: Die letzten zusammenhängenden Urwälder Europas sind massiv gefährdet. Es droht, dass sie mit rasanter Geschwindigkeit für immer zerstört werden.

Für unsere Verbündeten in Rumänien ist es immer ein Risiko, für den Schutz der Wälder aktiv zu werden. Sie erleben Drohungen und werden von Unternehmen der Holzindustrie auf Hunderttausende Euro verklagt. Ein Bündnispartner berichtete uns von Mordanschlägen gegen ihn. Schon 2019 hatte ROBIN WOOD öffentlich

gemacht, dass der Wald ranger Raducu Gorcioaia und der Forstinspektor Livio Pop im Wald getötet wurden, als sie illegalen Holzeinschlag untersuchten. 2021 wurden Journalisten und ein Umweltaktivist angegriffen, die einen Dokumentarfilm über illegale Abholzungen drehen wollten. Nun ist ROBIN WOOD selbst erneut nach Rumänien gefahren. Warum tun wir dies? Weil wir die letzten Urwälder Europas schützen wollen!

Wir stellen uns mit einem Bündnis aus rumänischen und internationalen Organisationen gegen die Waldzerstörung und recherchieren die skrupellosen Vergehen an den Buchen-Urwäldern, um den Druck auf die rumänische Regierung und die Europäische Kommission zu erhöhen. Insbeson-

dere wenn nach europäischem Recht geschützte Wälder zerstört werden, ist es unsere Pflicht, den sofortigen Schutz der Wälder zu fordern! Eine Untersuchung der Environmental Investigation Agency (EIA) ergab, dass in Rumänien der europäische Schutzstatus Natura 2000 keine Wirkung zeigt! Treiber der Zerstörung sind rumänische und ausländische Unternehmen der Holzwirtschaft.

ROBIN WOOD erstellte deshalb einen Umweltreport über eines der vielen Sägewerke in Sebes in den Südkarpaten. Der Report liest sich wie ein Krimi – in den 22 Jahren seit der Eröffnung des Werkes reiht sich ein Skandal an den anderen – insgesamt über drei Eigentumsverhältnisse hinweg. Der Report macht deutlich, wie groß der Schaden in diesen wertvollen europäischen Wäldern ist, der alleine durch dieses eine Sägewerk verursacht wird. Wir konnten zum ersten Mal berechnen, dass über ein Drittel der im Sägewerk verarbeiteten alten Baumriesen verbrannt wird: Entweder direkt im Kraftwerk des Sägewerks oder später als Pellets, die für den internationalen Markt produziert werden.

Im Jahr der Energiekrise 2021 erhöhte sich der Anteil des pro Jahr verarbeiteten Holzes für die Pelletproduktion um rund 50 Prozent. Das wäre Skandal genug! Wir stellten aber fest, dass



Die letzten europäischen Urwälder retten wir am besten gemeinsam!

dieser Anteil bis heute nicht wieder reduziert wurde! Nach drei Hitzesommer mit einem extremen Dürrestress für die Wälder wird damit der Klimawandel zusätzlich angekurbelt. Die Erneuerbare Energien-Richtlinie der Europäischen Union verbietet dieses Vorgehen. Die Mitgliedstaaten sind dem Grundsatz der kaskadischen Nutzung verpflichtet. Das heißt, dass Holz zunächst in langlebigeren Holzprodukten genutzt werden muss.

Wir müssen diese letzten europäischen Urwälder schützen! Und das tun wir am besten gemeinsam mit anderen NGO, denn Vernetzung macht stark. Immer wieder sehen und spüren wir, dass ein gemeinsames Handeln lauter, gewichtiger und ressourcenreicher ist. Verhindern wir gemeinsam, dass Bäume aus diesen wertvollen Wäldern direkt in Holzkraftwerke geschoben oder international als Pellets exportiert werden. Diese Wälder sind unsere wichtigsten



Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise und das Artensterben. Wir brauchen jeden Baum!

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin  
[wald@robinwood.de](mailto:wald@robinwood.de)



Der Umweltreport von ROBIN WOOD, der die dramatische Zerstörung der letzten Urwälder in den rumänischen Karpaten durch die holzverarbeitende Industrie offenlegt, ist unter [www.robinwood.de/rumänische-urwälder-schützen](http://www.robinwood.de/rumänische-urwälder-schützen) zu finden. Einen Auszug aus dem Report können Sie auf den folgenden Seiten lesen.



Foto: ROBIN WOOD/Ballenthien

ROBIN WOOD-Aktivist\*innen protestierten im März 2024 am Hauptsitz der Ziegler Group in Deutschland

ROBIN WOOD-Umweltreport deckt auf:

# Sägewerk zerstört letzte Urwälder in den Karpaten

*Die Zerstörung der rumänischen Urwälder geht weiter. ROBIN WOOD hat recherchiert, welche Konzerne und Sägewerke hinter diesem Raubbau stehen. Der Umweltreport liest sich stellenweise wie ein Krimi. Wir veröffentlichen im Folgenden einige Passagen daraus.*

Seit über 40 Jahren setzt sich ROBIN WOOD für den Schutz und Erhalt der Wälder der Welt ein. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ur- und naturnahen Wäldern. Denn je urwüchziger und unangetasteter Wälder sind, desto besser können sie den Herausforderungen der Klimakrise und des Artensterbens trotzen. Lässt man Skandinavien außen vor, liegen rund 80 Prozent der Urwälder Europas im Karpatenbogen in der Ukraine, Rumänien und der Slowakei. Zwei Drittel der verbliebenen Urwälder der gemäßigten Zone liegen in Rumänien – das Land beheimatet damit die meisten Urwälder.

der. Doch in einem rasanten Tempo werden diese Wälder für den Holz hunger der Welt ausgebeutet.

Der Treiber dieser Zerstörung ist die Holzwirtschaft. Am Rande der Karpaten im transsylvanischen Sebes werden zwei Sägewerke betrieben. Eines davon zählt zu den größten Sägewerken Europas. Der ROBIN WOOD-Umweltreport beleuchtet die 22-jährige Geschichte von Skandalen und Umweltproblemen dieses Werks.

**2003 bis 2023: Das Sägewerk in Sebes gehört zum österreichischen Konzern Schweighofer**

Im Jahr 2003 eröffnete das österreichische Unternehmen Schweighofer (heute HS Timber) das erste der zwei Sägewerke in Sebes. 2023 verkaufte Schweighofer es an die deutsche Ziegler Group. Es zählt bis heute zu den größten Holzverarbeitenden Betrieben

Rumäniens. Der Umweltreport listet die Vergehen von Schweighofer und später HS Timber chronologisch und mit Belegen auf.

**2023 bis März 2025: Das Sägewerk in Sebes im Besitz der Ziegler Group**

Im August 2023 übernahm die deutsche Ziegler Group aus dem oberpfälzischen Plößberg das Sägewerk im rumänischen Sebes. Mit seinem Tochterunternehmen, der Naturenergie GmbH, produzierte es Pellets in Deutschland. Bis Ende 2024 stand Ziegler mit 225.000 Tonnen produzierten Pellets pro Jahr auf Platz zwei der Pelletunternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Etwa ein halbes Jahr nach dem Kauf forderte ROBIN WOOD von der Ziegler Group, Verantwortung für Klima- und Artenschutz zu übernehmen. Im

März 2024 demonstrierten ROBIN WOOD-Aktivist\*innen am Standort des Sägewerkes der Ziegler Group in Plößberg für den Schutz der rumänischen Wälder. Kletter\*innen hängten ein Banner mit der Forderung: „Ziegler, Hands off Romanian Primary Forests!“ („Ziegler, Hände weg von rumänischen Primärwäldern!“) vor die Fassade der Unternehmenszentrale. ROBIN WOOD-Waldreferentin Jana Ballenthien formulierte damals: „Gerade Ziegler mit seiner großen Verantwortung als globaler Player im Holzhandel muss jetzt die Notbremse ziehen, sonst fällt sein Öko-Image zusammen wie ein Kartenhaus. Ziegler gefährdet mit seinem Expansionsstreben die letzten Urwälder Europas.“

Vor Ort erwartete die friedlich protestierenden ROBIN WOOD-Aktivist\*innen eine aufgeladene und aggressive Stimmung. Neben einem schreienden Seniorchef waren sie mit Mitarbeiter\*innen konfrontiert, die aus einem hohen Bürofenster heraus ein Seil der Kletternden durchschnitten. Das Seil hatte zum Glück keine sichernde Funktion, sonst hätte das Durchschneiden zum Tod eines kletternden Menschen führen können. Einem Journalisten wurde seine Kamera aus der Hand geschlagen. Die Polizei schritt in beiden Fällen ein. Die Geschehnisse hat ROBIN WOOD auf Video dokumentiert, blieben aber bislang unveröffentlicht.

Im Nachgang der Aktion erfolgten weitere Repressionen: Nach Aussagen einer geschützten Quelle wurden auf Druck des Ziegler-Managements Presseartikel zu Gunsten des Unternehmens verfälscht. ROBIN WOOD erhielt von Ziegler nach der Veröffentlichung einer Pressemitteilung eine Abmahnung verbunden mit der Aufforderung, eine Unterlassungserklärung abzugeben. Dem Ansinnen folgte ROBIN WOOD jedoch nicht. Des Weiteren warf man ROBIN WOOD vor, gegen das Kunsturhebergesetz verstoßen zu haben, weil der Verein während der Aktion Fotos gemacht habe, auf denen auch der Geschäftsführer von Ziegler zu sehen sei. Zudem stellte das Unternehmen einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs. Ersteres wurde



Foto: EIA/EURONATUR

Ein Waldgebiet in den Fagaras-Bergen, von dem aus Holz direkt zum Ziegler-Werk transportiert wurde

aus strategischen Gründen gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 200 Euro beigelegt, der Strafantrag wurde von der Staatsanwaltschaft fallengelassen.

Ein im Juni 2025 veröffentlichter Bericht der Environmental Investigation Agency belegt, dass die Ziegler Group aus mindestens zwei Nationalparks Holz bezog. Darüber hinaus transportierte das Unternehmen Zehntausende von Kubikmetern Holz aus Natura 2000-Schutzgebieten zum Werk.

### Ende 2024: Die Ziegler Group stellt Insolvenzantrag

Am 20. November 2024 stellte die Ziegler Group einen Insolvenzantrag. Anfang März 2025 wurden im Zuge des Verfahrens die Sägewerke in Schweden und Sebes an das österreichische Unternehmen Kronospan verkauft. Der vollständige und spannende Umweltreport mit Quellnachweisen ist auf der ROBIN WOOD-Homepage verfügbar: [www.robinwood.de/rumänische-urwälder-schützen](http://www.robinwood.de/rumänische-urwälder-schützen)

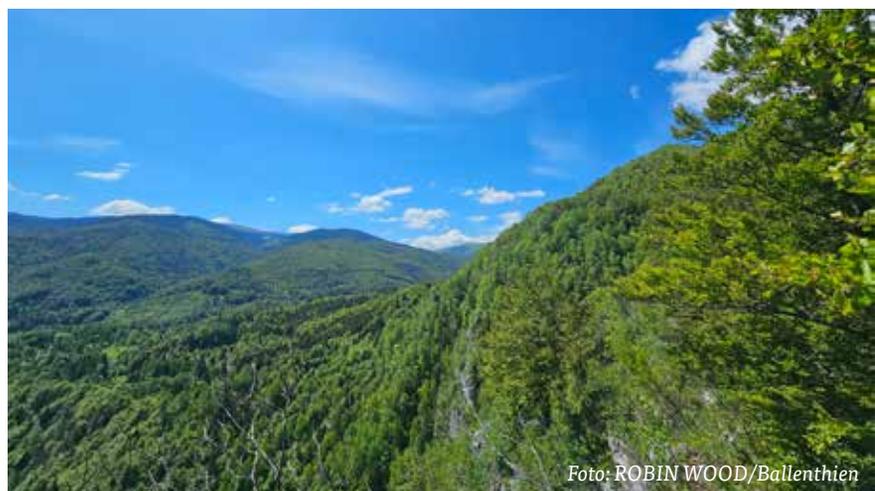


Foto: ROBIN WOOD/Ballenthien

Rumänische Urwälder: Je urwüchser und unangetasteter Wälder sind, desto robuster sind sie in der Klimakrise

# GEWINNE

# OHNE



# GEWISSEN?

NIMM'S IN DIE HAND:  
RETTE MIT UNS DAS

**LIEFERKETTENGESETZ**



Das Lieferkettengesetz ist in Gefahr. Dabei bekämpft es Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung auf der ganzen Welt.  
[lieferkettengesetz.de](http://lieferkettengesetz.de)

**INITIATIVE  
LIEFERKETTEN  
GESETZ.DE**

# Gewinne nur mit gutem Gewissen!

## Retten Sie mit uns das Lieferkettengesetz und unterschreiben Sie die Online-Petition

*Bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel am 9. Mai hat Bundeskanzler Friedrich Merz angekündigt, das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG) abschaffen zu wollen. Zudem sprach er sich klar gegen die geplante EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) aus. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis reagiert mit deutlichem Protest – gemeinsam starten wir die Petition „Keine Gewinne ohne Gewissen – Menschenrechte und Umwelt schützen!“*

ROBIN WOOD und die Initiative Lieferkettengesetz kritisieren die Aussagen des Bundeskanzlers aufs Schärfste. Im Koalitionsvertrag hatte die neue Bundesregierung angekündigt, das deutsche Lieferkettengesetz abschaffen zu wollen, sich jedoch klar zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie bekannt. Dieses Versprechen bereits wenige Tage nach Amtsantritt infrage zu stellen, ist ein fatales Signal – an die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen, an den Koalitionspartner, ebenso wie an Unternehmen, die dringend auf verlässliche politische Rahmenbedingungen angewiesen sind und Planungssicherheit brauchen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung mit Nachdruck für die vereinbarte Umsetzung der CSDDD eintritt.

Als Zusammenschluss von über 90 Organisationen – darunter Menschenrechtsorganisationen, Umweltverbände, Gewerkschaften sowie kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen – appellieren wir eindringlich an den Bundeskanzler: Erhalten Sie das deutsche Lieferkettengesetz und setzen Sie sich für eine wirksame Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie ein. Beide Regelwerke gehören zu den größten Errungenschaften der vergangenen Jahre im Einsatz für Menschenrechte sowie Klima- und Umweltschutz. Mit unserer Petition wollen wir noch bis November ein starkes Zeichen setzen: für eine le-

benswerte Zukunft, für die Achtung der Menschenrechte, für den Erhalt unserer Umwelt und für globale Klimagerechtigkeit!

**Das Lieferkettengesetz ist in Gefahr ...**

Das Lieferkettengesetz schützt Menschen weltweit vor Ausbeutung – und die Umwelt vor Zerstörung. Seit 2023 gilt es in Deutschland, im April 2024 wurde dann die EU-Richtlinie beschlossen. Sie soll ab 2028 gelten. Doch nun drohen Rückschritte: Die neue Bundesregierung will das deutsche Gesetz abschwächen. Auf EU-Ebene versucht sie mit weiteren Regierungen und Lobbygruppen, die Richtlinie in entscheidenden Punkten zu entkernen. Der politische Wind hat sich gedreht. Jetzt braucht das Gesetz unsere Unterstützung.

**... doch noch ist alles möglich: Jetzt zählt unser Einsatz!**

Noch ist nichts verloren. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie – das deutsche Lieferkettengesetz soll also nicht abgeschafft, sondern ersetzt werden. Und das bietet Chancen: Die neue EU-Richtlinie geht in Teilen weiter als das deutsche Gesetz und kann Menschenrechte, Umwelt und Klima noch wirksamer schützen. Jetzt kommt es darauf an, dass sie nicht verwässert, sondern kraftvoll umgesetzt wird – in ein starkes deutsches Lieferkettengesetz.

**Keine Gewinne ohne Gewissen – Menschenrechte und Umwelt schützen!**

**Jetzt unterschreiben!**

Fenna Otten, ROBIN WOOD-  
Tropenwaldreferentin  
[tropenwald@robinwood.de](mailto:tropenwald@robinwood.de)



**Das Lieferkettengesetz ist in Gefahr!**

Unterschreiben Sie unseren Appell an Bundeskanzler Merz:

**Keine Gewinne ohne Gewissen – Menschenrechte und Umwelt schützen!**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

einer der wichtigsten Erfolge für Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz der letzten Jahrzehnte ist in Gefahr: das Lieferkettengesetz. Es trägt zur Bekämpfung von Kinderarbeit bei, schützt Arbeiter\*innen vor Ausbeutung und bewahrt unsere Natur vor rücksichtsloser Zerstörung. Doch jetzt wollen Sie diesen Erfolg rückgängig machen und ein wirksames Lieferkettengesetz verhindern. Damit droht ein Rückfall in eine Welt der Rücksichtslosigkeit, in der menschliches Leid und Umweltzerstörung als Wettbewerbsvorteil gelten.

Wir fordern Sie auf: Verteidigen Sie ein wirksames Lieferkettengesetz – in Deutschland und Europa. Zeigen Sie, dass wirtschaftlicher Gewinn und Verantwortung zusammengehören.

Für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die auf Werte baut, nicht auf das Recht des Stärkeren.

[www.robinwood.de/petition-lieferketten](http://www.robinwood.de/petition-lieferketten)



Foto: iStock/helovi

Saphierabbau auf Madagaskar. Ein starkes Lieferkettengesetz schützt die Arbeitnehmer\*innen und die Umwelt

# Auf die Lieferkette

## Mit guten Argumenten für ein starkes Lieferkettengesetz

*Das deutsche Lieferkettengesetz (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, kurz LkSG) gilt seit Januar 2023 und verpflichtet große Unternehmen in Deutschland, die Menschenrechte und einige ausgewählte Umweltstandards in ihren Lieferketten zu achten. Hierzu gehört beispielsweise der Schutz vor Kinderarbeit und das Recht auf faire Löhne. Davor gab es keine gesetzlichen Regelungen, sondern nur freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen entlang internationaler Standards wie den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.*

Konkret bedeutet das LkSG, dass große Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitenden sogenannte Sorgfaltspflichten umsetzen müssen: Sie müssen prüfen, ob es in ihren Lieferketten und bei ihren Lieferanten mögliche Risiken für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden gibt. Und sie müssen

dann dagegen Maßnahmen ergreifen. Das kann beispielsweise bedeuten, angemessene Löhne zu zahlen, die Arbeitssicherheit und den Brandschutz zu verbessern oder auch Schulungen für Mitarbeitende anzubieten. Kontrolliert und durchgesetzt wird die Einhaltung des Gesetzes durch das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle).

Auch auf EU-Ebene wurde im Mai 2024 eine Lieferkettenrichtlinie verabschiedet, kurz CSDDD verabschiedet. Die CSDDD muss von allen EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht überführt werden und sorgt so dafür, dass in der gesamten EU die gleichen Regeln gelten. Die Richtlinie betrifft allerdings deutlich weniger Unternehmen als das deutsche Gesetz. Dafür sieht sie eine zivilrechtliche Haftung von Unternehmen bei Verstößen gegen die Sorgfaltspflichten vor, wenn dadurch konkreter

Schaden entstanden ist. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen bekommen dadurch einen besseren Zugang zum Recht und können in bestimmten Fällen vor europäischen Gerichten auf Schadenersatz klagen. Deutschland muss die Richtlinie noch in nationales Recht umsetzen und wird dafür voraussichtlich das LkSG an die CSDDD anpassen.

Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD schreibt in ihrem Koalitionsvertrag zum Lieferkettengesetz: „Wir schaffen das Lieferkettengesetz ab“. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit. Das LkSG wird nicht einfach abgeschafft, sondern es wird durch die Umsetzung der EU-Richtlinie ersetzt und bekommt dann den neuen Namen „Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung“. Die EU-Kommission hat am 26. Februar 2025 einen Vorschlag für ein so-

nanntes Omnibus-Paket vorgestellt. Die neuen Vorschläge würden die EU-Lieferkettenrichtlinie und andere Vorhaben aus dem Europäischen Green Deal massiv verwässern. Die EU-Kommission spricht von einer „Vereinfachung“ der Nachhaltigkeitspflichten – dabei dienen die meisten Vorschläge gar nicht der Vereinfachung, sondern greifen den Kern der Richtlinie an:

- So soll etwa die europaweite zivilrechtliche Haftung wieder gestrichen und Sanktionen sollen abgeschwächt werden. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen würden damit eine wichtige Anspruchsgrundlage verlieren, vor Gerichten in Europa ihren Anspruch auf Schadenersatz einzuklagen. Aber nur ein Gesetz, das auch durchgesetzt werden kann, kann Wirkung entfalten.
- Außerdem soll nicht mehr von vornherein die gesamte Lieferkette in den Blick genommen werden, sondern der Fokus wie im deutschen Gesetz auf direkte Lieferanten gelegt werden. Dabei kommt es gerade am Anfang der Lieferkette zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen.
- Ebenso sollen die Klimapläne der Unternehmen zur Einhaltung des 1,5 Grad-Limits nicht mehr verpflichtend umgesetzt werden. Ökonom\*innen warnen, dass dadurch die Ziele des Pariser Klimaabkommens gefährdet werden und massive Klagerisiken für Unternehmen entstehen könnten.

Zusammengenommen würden diese Punkte die EU-Lieferkettenrichtlinie in ihrer Wirksamkeit stark einschränken und den Schutz der Menschenrechte beschneiden. Über den Omnibus-Vorschlag muss jetzt noch vom EU-Parlament und den Mitgliedstaaten, dem EU-Rat, abgestimmt werden. Danach müssen die drei EU-Institutionen in einem Trilog eine gemeinsame Position finden. Mit dem Start der Trilogverhandlungen wird im Herbst 2025 gerechnet.

## Fakten und Argumente zum Lieferkettengesetz

Das Lieferkettengesetz und die EU-Richtlinie CSDDD sind Meilensteine zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima – und werden doch von verschiedenen Seiten angegriffen. Hier liefern wir Argumente und Antworten auf die häufigsten Fragen in der aktuellen Debatte und räumen mit Falschbehauptungen auf.

Viele Menschenrechtsverstöße in Lieferketten sind seit langem bekannt. Freiwillige Initiativen seitens der Wirtschaft haben das Problem nicht lösen können. Und sie werden es auch in Zukunft nicht tun, denn:

- Unternehmen, die so billig wie möglich produzieren, haben auch weiterhin einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Unternehmen, die ihren Sorgfaltspflichten nachkommen. Ohne gesetzliche und sanktionierbare Regelungen kommen Unternehmen ihrer unternehmerischen Verantwortung deshalb nicht ausreichend nach.
- Das belegen europaweite Studien ebenso wie eine 2020 veröffentlichte Unternehmensbefragung durch Ernst & Young im Auftrag der Bundesregierung. Sie ergab, dass nur 13-17 Prozent der untersuchten Unternehmen die menschenrechtlichen Anforderungen aus dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte erfüllen. Mehr als 83 Prozent der befragten Unternehmen hielten nicht einmal Kernelemente ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ein.

## Das deutsche Lieferkettengesetz wirkt schon jetzt

Obwohl das LkSG erst seit kurzem gilt und die darin enthaltenen Pflichten auf langfristige strukturelle Verbesserungen abzielen, sind bereits positive Wirkungen sichtbar. Erfahrungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Betroffenen aus dem Globalen Süden zeigen: Bereits

in der vergleichsweise kurzen Zeit von zwei Jahren hat das deutsche Lieferkettengesetz zu Verbesserungen geführt. So wurden in Ecuador erstmals Gewerkschaften angehört, um Ausbeutung auf Bananenplantagen zu stoppen, in China wurden Arbeitsbedingungen verbessert, und in mehreren Ländern Maßnahmen gegen Kinderarbeit eingeleitet.

## Viele Unternehmen sagen Ja zum Lieferkettengesetz

Die Mehrheit der deutschen Unternehmen befürwortet die gesetzliche Verankerung von Sorgfaltspflichten und kommt mit den Anforderungen des deutschen Lieferkettengesetzes bereits gut zurecht. Das zeigen diverse Studien und Umfragen.

- So sind laut einer groß angelegten unabhängigen Studie des Handelsblatt Research Institute aus dem Jahr 2024 nur sieben Prozent der Unternehmen dagegen, zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren Lieferketten verpflichtet zu werden. Die große Mehrheit der Unternehmen sieht betriebswirtschaftliche Vorteile durch die Einhaltung von Sorgfaltspflichten.
- Eine repräsentative YouGov-Umfrage im Auftrag des Jaro Instituts





aus dem Mai 2025 zeigt, dass nur acht Prozent der deutschen Unternehmen dafür sind, die geltenden Sorgfaltspflichten zu reduzieren. Eine Mehrheit auch der kleinen und mittelständischen Unternehmen befürwortet weiter die EU-Lieferkettenrichtlinie.

- Die meisten Unternehmen sehen in verbindlichen Sorgfaltspflichten Chancen, Nachhaltigkeit bei sich im Unternehmen voranzutreiben: Das zeigt zum Beispiel eine Studie des Wirtschaftsverbands BME, der über 10.000 Unternehmen vertritt.
- Viele Unternehmen haben sich öffentlich in verschiedenen Unternehmensstatements für das Lieferkettengesetz und gegen eine Öffnung der CSDDD ausgesprochen. In dieser Weise öffentlich positioniert haben sich beispielsweise Bayer, Aldi Süd, IKEA, Nestlé, Tchibo, Vattenfall, Unilever, Otto, Hapag-Lloyd, Primark und viele andere mehr. Die Unterstützung reicht von großen multinationalen Konzernen bis zu kleinen Mittelständlern etwa aus dem Maschinenbau.

Viele deutsche Unternehmen unterstützen das Lieferkettengesetz und die EU-Lieferkettenrichtlinie auch aus eigenem Interesse: Sie erwarten Rechts-

sicherheit, Wettbewerbsgleichheit und langfristig auch steigende Umsätze, da es durch die EU-Richtlinie endlich klare und einheitliche Regeln gibt, die sich an internationalen Richtlinien orientieren.

Eine Aushöhlung oder Abschaffung der Gesetze würde für weitere Unsicherheit unter den Unternehmen sorgen. Es würde nur die Unternehmen belohnen, die die gesetzlichen Verpflichtungen bisher einfach ignoriert haben. Bestraft würden Unternehmen, die sich bereits erfolgreich auf den Weg gemacht haben, Sorgfaltspflichten umzusetzen.

### Das Lieferkettengesetz schützt unbürokratisch und sehr konkret Menschenrechte und Umwelt

Manche versuchen, das Lieferkettengesetz als „überbordende Bürokratie“ oder als reine „Berichtspflichten“ zu verunglimpfen – dabei geht es um Regeln zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima. Der aus den internationalen Standards übernommene Ansatz der „Sorgfaltspflichten“ ermöglicht es Unternehmen, flexibel im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Risiken in ihren Lieferketten zu reagieren.

- Das Lieferkettengesetz folgt einem risikobasierten Ansatz: Statt alle Zulieferer zu kontrollieren, sollen sich Unternehmen auf die gravierendsten Risiken konzentrieren – und die liegen meist am Anfang der Lieferkette, etwa auf Plantagen, in Minen oder Textilfabriken. Es geht also nicht um sinnlose Berichte, sondern um einzelne (aber häufig strukturelle) Fälle sehr konkreter Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung, die mit der Geschäftspraxis der Unternehmen in Europa zusammenhängen.
- Die EU-Lieferkettenrichtlinie enthält gar keine neuen oder überlappenden Berichtspflichten. Ganz im Gegenteil: Unternehmen sollen künftig nur nach den ohnehin schon geltenden Regeln der Nachhaltigkeitsberichterstat-

tung (CSRD) berichten. Für die von der EU-Kommission angeblich angestrebte Harmonisierung und Reduzierung von Berichtspflichten wäre es daher unnötig und falsch, die CSDDD noch einmal aufzumachen.

- Deutsche Unternehmen haben das LkSG längst umgesetzt und funktionierende Prozesse etabliert. Sie sind daher auch auf die EU-Richtlinie vorbereitet - denn die CSDDD knüpft stark an das LkSG an. Deutsche Unternehmen haben daher bei der Umsetzung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen EU-Unternehmen.

Kleine und mittelständische Unternehmen fallen weder unter das deutsche noch das europäische Gesetz. Die CSDDD gilt nur für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einem weltweiten Nettojahresumsatz von mindestens 450 Millionen Euro. In Deutschland betrifft das 1.000 Unternehmen und damit unter 0,05% der deutschen Unternehmen.

Richtig ist allerdings, dass es teilweise durch eine falsche Anwendung des Gesetzes zu einer Belastung eigentlich nicht vom Gesetz erfasster, kleiner und mittlere Unternehmen (KMU) kommt: Es gibt das Problem, dass große Unternehmen, die unter das deutsche Lieferkettengesetz fallen, komplexe Fragebögen und Vertragsklauseln an ihre kleineren Lieferanten schicken. Damit wollen es sich große Unternehmen einfach machen und sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Die kleinen Lieferanten, die selbst nicht direkt unter das Gesetz fallen, sind damit teilweise überfordert. Das ist aber eine falsche Anwendung und Umsetzung des LkSG und so im Gesetz nicht vorgesehen.

### Das Gesetz fokussiert auf die größten Risiken – nicht auf jede Schraube

Die EU-Lieferkettenrichtlinie schreibt nicht vor, dass Unternehmen ihre gesamte Lieferkette transparent machen oder gar jeden ihrer Zulieferer kontrol-

lieren müssen. Ein solches Vorgehen wäre sogar eine falsche Anwendung der CSDDD.

- Die Richtlinie folgt einem risikobasierten Ansatz. Das heißt: Unternehmen sollen dort aktiv werden, wo es Indizien für Missstände gibt. Dabei dürfen sie priorisieren: Je nach ihren Möglichkeiten können sie entscheiden, sich zunächst auf einige schwerste Menschenrechtsrisiken zu konzentrieren und die übrigen Risiken zu depriorisieren.
- Außerdem gibt es keine Erfolgspflicht, sondern die Pflicht, sich angemessen zu bemühen. Unternehmen sollen sich anstrengen, sie müssen aber nichts Unmögliches leisten.

### Was jetzt geschehen muss

1. Die europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) darf nicht verwässert werden. Die zivilrechtliche

Haftung muss erhalten bleiben, damit Betroffene von Menschenrechtsverletzungen weiterhin einen Zugang zu Recht haben. Es braucht den risikobasierten Ansatz, um die schwerwiegendsten Risiken in den Lieferketten in den Fokus nehmen zu können. Unternehmen müssen bei Verstößen mit Bußgeldern rechnen können, die sich an ihrem Umsatz orientieren. Und die Klimapläne müssen von den Unternehmen auch umgesetzt werden, um nicht nur unnötiges Papier zu produzieren.

2. Das deutsche Lieferkettengesetz darf jetzt nicht mehr abgeschwächt oder gar ausgesetzt werden. Es muss bis zur Umsetzung der CSDDD in Deutschland gelten und bis dahin in vollem Umfang erhalten bleiben.
3. Die CSDDD muss zügig in deutsches Recht umgesetzt werden, um Rechtssicherheit und ein

Level-Playing-Field für die deutschen Unternehmen zu schaffen. Dabei darf das aktuell geltende Niveau des Menschenrechtsschutzes in Deutschland nicht abgesenkt werden.

4. Es muss verstärkt darauf geachtet werden, dass die Gesetze nicht weiter falsch angewendet werden. Zentral ist, dass der Gesetzgeber dafür sorgen muss, dass keine falschen Einheitsfragebögen und einseitige Vertragsklauseln einfach an kleine Unternehmen weitergereicht werden.

Die ungekürzte Fassung dieser Argumente und Forderungen für den Erhalt und die Stärkung des Lieferkettengesetzes finden Sie unter: [www.lieferkettengesetz.de](http://www.lieferkettengesetz.de)

Die Initiative Lieferkettengesetz wird von über 90 Menschenrechtsorganisationen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen getragen



Foto: iStock/luoman

Verantwortung statt Verwüstung: Viele deutsche Unternehmen unterstützen das Lieferkettengesetz



Fotos: ROBIN WOOD/Smaluhn

Berlin, Juli 2025: Appell an Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer, sich beim Treffen der EU-Agrarminister für den Waldschutz weltweit und ein starkes Gesetz gegen die Entwaldung einzusetzen

# Es brennt!

**Waldverlust, Entwaldung, Klimakrise – und eine Regierung, die so tut, als wäre das kein Grund zu handeln**

*New York, Amsterdam, Glasgow, in all diesen Städten haben eine Vielzahl von Staaten und Wirtschaftsakteuren Vereinbarungen unterzeichnet, mit denen sie sich verpflichten, die Zerstörung der Wälder dieser Erde zu stoppen – darunter auch Deutschland. Nun zeigt sich, wie wenig ernst es der Bundesregierung mit dem Schutz der Wälder und des Klimas ist.*

In New York fand 2014 die Klimakonferenz statt. Dort wurde die Declaration of Forests formuliert. Sie hat zum Ziel, die Entwaldungsrate bis 2020 zu halbieren und bis 2030 zu stoppen. Degradierete Landschaften und Wälder sollen wieder hergestellt werden, erst 150 Millionen Hektar, dann weitere 200 Millionen Hektar, insgesamt also eine Fläche zehnmal so groß wie Deutsch-

land. Entwaldung, die auf Produktion von z.B. Palmöl, Soja, Papier oder Rindfleisch zurückzuführen ist, soll bis 2020 beendet werden.

Ein Jahr später wurden in Amsterdam in Anlehnung an die „New York Declaration of Forests“ gleich zwei Erklärungen verfasst: die „Amsterdam Declaration on Deforestation“ und die

„Amsterdam Palm Oil Declaration“. Es ging erneut um das Ende der Entwaldung, insbesondere um den Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Expansion. Der Verlust tropischer Regenwälder durch die stark wachsende Nachfrage nach Palmöl und daraus folgende Ausdehnung von Plantagen sollte gestoppt werden.

Erst 2021 wurde bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow die „Declaration on Forests and Land Use“ formuliert. Entwaldung und Landdegradierung sollten bis 2030 gestoppt und umgekehrt werden. Doch das letzte Jahr zeigte eindeutig, dass wir nicht annähernd auf dem Weg dorthin sind. Der globale Waldverlust erreichte laut dem World

Produktionsländer werden, je nachdem wie hoch das Risiko für Entwaldung und Waldschädigung ist, in Risikokategorien eingeteilt. Ist das Risiko erhöht, sind Sorgfalts- und Berichtspflichten strenger. Bei einem geringen Risiko wird die Dokumentation für Produzenten und Händler vereinfacht. Auch die Kontrollquoten für die zuständigen Behörden richten sich nach dem sogenannten Entwaldungsrisiko der Herkunftsländer. Bisher gibt es drei Kategorien: hohes, mittleres und niedriges Risiko. Nun wollen konservative EU-Staaten, in denen die Forstwirtschaft ökonomisch stark ist, eine Null-Risiko-Kategorie einführen und die Rückverfolgbarkeit – das Kernelement der Verordnung – hier völlig abschaffen. Damit würden globale Lieferketten im Zwielicht verschwinden und eine Einfallschneise für den illegalen Handel mit Holz aus entwaldeten und degradierten Flächen entstehen. Erfahrungen mit Embargos zeigen, dass Null-Risiko-Länder zur Drehscheibe für illegale Produkte werden. Darüber hinaus benachteiligt die Forderung nach einer Null-Risiko-Kategorie all jene, die sich frühzeitig auf die EUDR vorbereitet haben. Das erschüttert das Vertrauen in die EU sowie die Planungssicherheit für die Partnerländer und die Wirtschaft. Die globale Gleichbehandlung von Wirtschaftsakteuren würde ausgehebelt.

Resources Institute (WRI) im vergangenen Jahr einen neuen Rekord: Er war so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr.

### Die EU-Verordnung gegen globale Entwaldung (EUDR)

In nicht einmal einem halben Jahr startet die Anwendung der EU-Entwaldungs-Verordnung – endlich werden Lieferketten geprüft: Ist das Soja ohne Entwaldung angebaut worden? Wurde der Kautschuk ohne Waldschädigung gewonnen? Ist das Palmöl legal ohne Baumfällung produziert worden?

Vor mehr als zwei Jahren ist die Verordnung schon in Kraft getreten und sollte nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten im Januar 2025 starten, doch Ende letzten Jahres ging das Ziehen und Zerren um die Verordnung erneut los. Die Übergangsfrist wurde um 12 Monate verlängert, damit sich Unternehmen und Behörden besser auf den Start vorbereiten könnten.

Die Verordnung soll nun nochmal angepasst werden. Die Kommission soll das Gesetz simplifizieren und für Länder, in denen es keine Entwaldung gäbe, eine „Null-Risiko-Kategorie“ einführen. Auch die Bundesregierung will diese Kategorie: Die Forstwirtschaft in EU-Ländern wie Deutschland, in denen Entwaldung kein Problem sei, müsse entlastet werden. Die Sorgfalts- und Berichtspflichten sollten reduziert und der Herkunftsnachweis ganz abgeschafft werden. Ähnliches steht im Koalitionsvertrag.

### Es brennt, Friedrich!

Vor ein paar Wochen haben Aktive bei Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer vorbeigeschaut: „Alois, es brennt!“ war ihre Botschaft und Aufforderung zum Handeln (Tatort, S. 6). Kurz darauf wurde publik, dass Bundeskanzler Friedrich Merz einen Brief an seine Parteifreundin Ursula von der Leyen geschickt hatte. „Liebe Ursula, ...“ beginnt der Brief an die Präsidentin der EU-Kommission. Doch Merz hat sie nicht um einen kleinen Gefallen gebeten. Er verwendete das Briefpapier des Bundeskanzleramtes, hat also auf

allerhöchster Ebene und vorbei an demokratischen Prozessen sein Amt genutzt, um sich für die deutsche Land- und Forstwirtschaft stark zu machen und noch einmal die Null-Risiko-Variante zu fordern.

Gemeinsam mit anderen Umweltschutzorganisationen hat ROBIN WOOD darauf mit einem Offenen Brief geantwortet. Mehr dazu hier: <https://www.robinwood.de/pressemitteilungen/buendnis-aus-umweltorganisationen-warnt-offenem-brief-bundeskanzler-merz-vor>

### Sommerpause – und dann?

Konservative und (extrem) rechte Fraktionen des EU-Parlaments erhöhen den Druck. In den letzten Wochen fordern sie immer lauter, das Gesetz noch einmal zu ändern und die Null-Risiko-Kategorie einzuführen. Einige Mitgliedstaaten schrieben einen Brief mit ähnlicher Intention an die Kommission.

Doch nun ist Sommerpause. Sowohl der Deutsche Bundestag als auch das EU-Parlament haben ihre letzte Sitzungswoche hinter sich. Seitens der EU-Kommission gibt es keine Reaktion – weder einen Hinweis darauf, dass sie dem steigenden Druck nachgeben wird, noch eine finale Absage. Es ist zu hoffen, dass die EU-Kommission tatsächlich nichts tut, damit ROBIN WOOD nicht im September skandieren muss: „ES BRENNT, URSULA!“

Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin  
[tropenwald@robinwood.de](mailto:tropenwald@robinwood.de)





Foto: ROBIN WOOD

# Autofabriken umbauen – aber sozial-ökologisch!

*Die letzten zehn Jahre waren geprägt von einer starken Klimabewegung, in der auch die Verkehrswende eine große Rolle spielte. Es ging um eine Antriebswende und um das private Mobilitätsverhalten. Es gab Proteste gegen den Bau neuer Autobahnen und gegen die Automobilindustrie. Volkswagen, Mercedes, Audi und Co. sowie ihre Zulieferbetriebe bieten hunderte Arbeitsplätze und zahlen Steuern, die im Bundeshaushalt dringend gebraucht werden. Zugleich sind diese Konzerne für hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Produktion sowie in der Nutzung der Autos verantwortlich.*

*Durch den Versuch auf E-Autos umzustellen, kommen vermehrt auch Fragen nach den benötigten Ressourcen und der globalen Gerechtigkeit ins Spiel.*

Aktivist\*innen von Gruppen wie „VW steht für Verkehrswende“ haben erkannt, dass die Probleme von Klimaschutz und Verkehrswende nicht ohne die Beschäftigten zu lösen sind. Denn diese sind es, die durch ihre Arbeitskraft auch die Macht haben, Unternehmensentscheidungen zu beeinflussen – indem sie beispielsweise in den Streik treten. Die Perspektive der Beschäf-

tigten ist durch die zunehmende Krise der Automobilindustrie noch relevanter geworden: In der Zuliefererindustrie, aber auch bei den „großen Fischen“ wie Volkswagen, steht ein massiver Personalabbau an, ausgelöst durch Absatzkrisen sowie der Veränderung der Produktion durch E-Mobilität. Menschen fürchten also konkret um ihre Arbeitsplätze in einer Branche, die die Klimakrise vorantreibt.

Die Situation ist also schon recht komplex, als dann mehr oder weniger über Nacht massive Investitionen in die Aufrüstung der Bundeswehr

beschlossen werden. 100 Milliarden gab die alte Bundesregierung frei und die neue setzt die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben aus. Dadurch ist ein neuer Player auf den Plan getreten: Die Rüstungsindustrie. Ein nie dagewesener Boom bei Rheinmetall und Co., neue Arbeitsplätze, steigende Aktienkurse. Eine industriepolitische Win-Win-Situation, ermöglichen doch staatliche Investitionen nun den Rüstungskonzernen, zu expandieren. Beschäftigte der Automobilindustrie werden übernommen, und auch Industrieanlagen sind ins Blickfeld der Rüstungskonzerne gelangt.

Ein besonders brisantes Beispiel ist das Volkswagenwerk Osnabrück. Hier produzieren etwa 2.300 Beschäftigte Fahrzeuge – doch das ist nur noch bis 2027 gesichert. Folglich sorgen sich auch hier die Beschäftigten um die Zukunft ihrer Jobs. Zugleich hat ein Tauziehen um die Zukunft des Werks begonnen. Im Frühjahr 2025 gab es immer wieder Presseberichte, dass Rheinmetall Interesse an der Übernahme des Werks bekundet.

ROBIN WOOD hat deshalb im Mai 2025 begonnen, sich in diese Debatte einzubringen. Wir finden: Es braucht eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung um die Frage, welche Produkte hergestellt werden sollen. Dabei spielt die Perspektive der Mitarbeitenden eine zentrale Rolle. Aber auch auf kommunaler Ebene ist die Frage relevant, welche Produkte im eigenen Umfeld hergestellt werden sollen. Osnabrück rühmt sich als „Friedensstadt“, viele zivilgesellschaftliche Gruppen bemühen sich um Friedens-, Sozial- und Klimapolitik.

ROBIN WOOD möchte der Erzählung, es gebe nur die Optionen Jobverlust oder Herstellung von Rüstungsgütern, etwas entgegensetzen. Ein gutes Beispiel kommt aus Florenz. Dort wehren sich die Beschäftigten des ehemaligen Autowerks GKN seit Jahren gegen die Schließung. Sie haben eine Genossenschaft gegründet, um die Industrieanlage zu erhalten und dort Lastenräder und Solar-Module zu produzieren. Dafür haben sie eng

mit der italienischen Klimabewegung zusammengearbeitet und bei Demonstrationen zehntausende Personen hinter sich versammelt. Auch in Wolfsburg wurden während des Projekts „VW steht für Verkehrswende“ Ideen erarbeitet, wie die Produktion auf zivile Güter umgestellt werden könnte. Denn es ist hinlänglich bekannt, dass die Industriearbeiter\*innen über hohes technisches Know-How verfügen und es für sie keine Schwierigkeit darstellen würde, statt Autos – oder Waffen – Solaranlagen, Busse und Bahnen zu produzieren.

In Osnabrück stand diese Debatte im Sommer 2025 noch am Anfang. Was es für eine echte Perspektive jenseits der Rüstungsindustrie bräuchte, ist ein politischer Kurswechsel: Die einseitige Finanzierung von Aufrüstung steht einer sozial-ökologische Konversion entgegen, solange es keine Nachfrage nach klimafreundlicheren und zivilen Produkten gibt. Doch die gesellschaftliche Notwendigkeit ist da: Wir beobachten statt eines massiven Ausbaus

den Rückbau des ÖPNV. Personalmangel und ein schlechtes Angebot behindern eine Mobilitätswende massiv. Investitionen in die Bahn werden zwar angekündigt, doch aktuell stehen die Ausgaben in die Infrastruktur erneut unter Finanzierungsvorbehalt.

Wir müssen deshalb zweigleisig Druck aufbauen und das Gespräch suchen: Es braucht eine gesellschaftliche Debatte in Osnabrück und anderswo über die Frage, was Menschen eigentlich produzieren möchten? Und es stellt sich die Frage wie ein gutes Leben für alle erreicht werden kann? Konkrete Leuchtturmprojekte sind in Zeiten, in denen die Klimagerechtigkeitsbewegung geschwächt und die Verkehrswendebewegung weniger sichtbar sind, umso wichtiger. Denn auch in politisch schwierigen Zeiten möchten wir deutlich machen: Unsere gesellschaftliche Utopie ist basisdemokratisch, ökologisch und sozial gerecht.

*Annika Fuchs, ROBIN WOOD-  
Mobilitätsreferat  
verkehr@robinwood.de*



ÖPNV statt Panzer! forderte ROBIN WOOD im Juni vor dem VW-Werk in Osnabrück und möchte damit eine Debatte zur sozial-ökologische Umnutzung des Werkes anstoßen



Foto: Timo Knorr/ROBIN WOOD

# Tesla Gigafactory in Grünheide

## Entwicklungen im Wasserwald und bei Elon Musks E-Auto-Fabrik

*Es ist ruhiger geworden um das Tesla-Werk in Grünheide. Wir schauen hin, wie der aktuelle Stand ist, ob es noch lokalen Protest gibt und wie die Zukunft des Tesla-Werks aussieht.*

### Wieso gab es Proteste gegen die Tesla-Fabrik in Grünheide?

Im Frühjahr 2025 besetzten Aktivist\*innen den Wald in Grünheide und taufte ihn „Wasserwald“. ROBIN WOOD war mit dabei. Der Grund: Die Tesla-Fabrik, die seit 2022 in Grünheide Autos produziert, sollte mitten im Wasserschutzgebiet erweitert werden. Eine Bürger\*innenbefragung zeigte, dass eine Mehrheit gegen den Ausbau des Werks war. Demos vom Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ und Aktionstage folgten – doch im Mai 2025 entschied die Gemeindevertreter\*innen-Versammlung, dass Elon Musks Fabrik ausgebaut werden darf.

### Wie steht es um die Besetzung des Waldes in Grünheide?

Seit dem 28. Februar 2024 war der Wald in Grünheide besetzt. Mit Baumhäusern, einer Mahnwache, Küchen für Alle, Programm vor Ort und Pressearbeit rückten die Aktivist\*innen von „Tesla Stoppen“ das Ausbauprojekt von Elon Musk in den Fokus der Öffentlichkeit. Sie protestierten für Wasser-

gerechtigkeit und machten darauf aufmerksam, dass auch E-Mobilität mit enormen Kosten für Menschen und Umwelt verbunden sind, beispielsweise durch den hohen Bedarf an Rohstoffen wie Lithium.

Etwa 100 Personen lebten in dem Baumhauscamp, das immer weiter wuchs und sich entwickelte. Im November 2024 begannen die Behörden mit der Räumung des „Wasserwalds“. Begründet wurde die Räumung, die am 20. November beendet war, mit Sondierungsarbeiten im Wald, bei denen Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden und geborgen werden sollten. Aber auch nachdem die Besetzung geräumt war, gab es weitere Proteste gegen den Ausbau: Die Bürger\*innen-Initiative Grünheide organisierte regelmäßige Waldspaziergänge. Außerdem engagierten sich die Aktivist\*innen in der Kampagne #teslataakedown sowie gegen Wasserverträge zwischen Tesla und dem lokalen Wasserverband.

### Welche Rolle spielt Wasser in dem Konflikt und was sind aktuelle Erkenntnisse?

Brandenburg ist eine der Regionen in Deutschland, die am stärksten von Wasserknappheit bedroht ist. Es gab bereits immer wieder Ankündigungen,

dass das Wasser für Privatpersonen rationiert werden könnte. Das Gebiet um Grünheide ist Wasserschutzgebiet und damit elementar für die zukünftige Wasserversorgung der Region.

Der Protest gegen Tesla richtete sich daher bereits seit Beginn auch maßgeblich gegen den Standort dieser neuen Fabrik. Durch Havarien gelangen seit Beginn der Produktion immer wieder Giftstoffe in die Böden – allein in den letzten eineinhalb Jahren wurden 24 Havarien gemeldet. Es wird befürchtet, dass durch diese das Grundwasser verunreinigt werden könnte. Seit Juni 2025 liegt nun ein neuer Vertrag zwischen Tesla und dem Wasserverband Strausberg-Erkner vor, gegen den das Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ protestiert. Neben hohen genehmigten Wassermengen seien auch höhere Grenzwerte bei der Belastung von Schmutzwasser vorgesehen. Zuvor war bereits kritisiert worden, dass dieser Vertrag hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden war. Der Chef des Wasserverbands, André Bähler, kritisierte, dass „ein Großinvestor Vorteile bekommt. Dabei sollten alle Kunden gleichbehandelt werden“.

Tesla benötigt für seine E-Auto-Produktion große Menge an Trinkwasser.

Dafür hat der Konzern mit dem lokalen Wasserversorger, dem Wasserverband Strausberg-Erkner, 2020 einen Vertrag für die Versorgung von 1,8 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr geschlossen. Das entspricht mehr als 10 Prozent des gesamten Trinkwasseraufkommens des Wasserverbands. Auch wenn Tesla angibt, seine Wassermenge deutlich reduziert zu haben, muss der Wasserverband die gesamte Wassermenge vorhalten und kann diese nicht anderweitig freigeben. Dabei wird dieses Wasser für die Menschen gebraucht.

### Wie ist der aktuelle Stand bei der Erweiterung der Fabrikanlagen?

Die Gemeindevertretung beschloss den Ausbau der Tesla-Fabrik im Mai 2024, sodass die Produktionskapazität des Werks von 500.000 auf eine Million Fahrzeuge pro Jahr steigen könnte. Auch die Infrastruktur vor Ort wird massiv ausgebaut, Straßen und Bahnhöfe entstehen. Dieser Infrastrukturausbau geschieht unter der Prognose, es würden zukünftig bis

zu 40.000 Beschäftigte in der Fabrik arbeiten. Doch die Gewinneinbrüche bei Tesla, beispielsweise im Schlussquartal 2024 um 71 Prozent, durchkreuzen möglicherweise die Erweiterungspläne von etwa 100 Hektar Fläche. Für diese ging im Herbst 2024 die erste Teilgenehmigung zur Erweiterung vom Landesamt für Umwelt heraus, sodass eine bestehende Produktionshalle erweitert werden kann.

### Gibt es einen #teslataakedown?

„I bought this Tesla before Elon went crazy“ ist mittlerweile ein beliebter Sticker, den Tesla-Fahrende an ihrem Auto anbringen – um sich dafür zu rechtfertigen, weiterhin Tesla zu fahren. Elon Musk hat dem Ruf des Unternehmens spätestens durch seine massive Unterstützung Donald Trumps, seine Berufung in die US-Regierung und seine Sympathien für die AfD massiv geschadet. Eine deutschlandweite Umfrage hat ergeben, dass über die Hälfte der Kaufinteressierten von E-Autos wegen Elon Musk keinen Tesla mehr erwerben möchten. Immer

wieder war die Aktie des Konzerns auf Talfahrt. Ende 2024 schoss sie durch den Wahlsieg Donald Trumps jedoch auf ein Rekordhoch. Unter dem Motto #teslataakedown haben in den vergangenen Monaten tausende Menschen international gegen Elon Musk protestiert. Der Druck sollte zu Verlusten der Tesla-Aktie führen, um Musks Imperium zu schaden. Das Zerwürfnis zwischen dem Tesla CEO und Trump führte im Juni 2025 schließlich zu massiven Einbrüchen der Aktie.

### Wie geht es weiter?

Das Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ und die Bürger\*innen-Initiative Grünheide bleiben weiter am Thema dran und protestieren gegen den Ausbau der Fabrik. Sie stellen sich gegen die Verknappung und Verschmutzung des Grundwassers in Berlins Speckgürtel und beobachten die weiteren Entwicklungen intensiv.

*Annika Fuchs, ROBIN WOOD-  
Mobilitätsreferat  
verkehr@robinwood.de*

## Freispruch: Klimaschutz bleibt Handarbeit!

*Fürstenwalde, Spree, 1. Juli 2025:* ROBIN WOOD-Aktive zeigten ihre Unterstützung beim ersten Gerichtsprozess zu den Tesla-Protesten. Im Frühjahr 2024 hatten mehrere Aktionen gegen den Ausbau des Tesla-Werks in Brandenburg und die Ausbeutung von Natur und Mensch stattgefunden. Nun stand der erste Aktivist in Fürstenwalde (Spree) vor Gericht und wurde umgehend freigesprochen.

Auch ROBIN WOOD-Aktive hatte sich an Protesten im Rahmen des Protestcamps „Wasser, Wald, Gerechtigkeit“ beteiligt. Zum einen mit einer Kletter-Protestaktion direkt am Tesla-Werk unter dem Slogan „Verkehrswende statt Autokonzerne“. Zum anderen mit einer Protestaktion vor dem Tesla-Store (Verkaufszentrum) direkt in Berlin Mitte – dort fand die Aktion unter dem Motto „Saubere Autos sind eine dreckige Lüge“ statt. Beide Aktionen setzten Zeichen für eine klimagerechte Verkehrswende und gegen den Ausbau der Giga-Fabrik.

„Ich möchte als Elektroniker nicht durch die Wirtschaft dazu verleitet oder gezwungen sein, Produkte herzustellen, die unserer Gesellschaft, der Umwelt und dem Klima mehr schaden als nutzen. Ich bin dagegen, massenhaft Pkw oder Rüstungsgüter statt Lastenräder, Elektrobusse oder Schienenfahrzeuge für den ÖPNV herzustellen.“, sagt der angeklagte Aktivist. „Außerdem sind Privat-PKWs im Flächenverbrauch, Energieverbrauch und im hohen Unfallrisiko im Vergleich zu Schienenfahrzeugen und Fahrrädern sehr unvorteilhaft für die Natur und Gesellschaft. Ein elektrischer Linienbus braucht gerade mal so viel von dem

problematischen Lithium wie zwei Tesla Model S Long Range, kann aber 15-mal mehr Menschen transportieren.“

Im November 2024 wurde die Waldbesetzung trotz Versammlungsbescheid geräumt und die Waldfläche durch die folgende Rodung zum wiederholten Male verkleinert, obwohl das verwüstete Gelände schon vorher viel Platz für die Erweiterung des Tesla-Werks bot. Solange die Entwaldung nicht aufhört, solange hört auch der Protest dagegen nicht auf: Es gründete sich jüngst unter Beteiligten der BI Grünheide eine neue Bürgerinitiative gegen die Rodung von unglaublichen 430 Hektar Wald bei Fürstenwalde.





Mit ROBIN WOOD in den Buchenwäldern der Eifel

# Buchen sollst du suchen

## Förder\*innen-Treffen 2025 in der Eifel

*Mitte Mai trafen sich ROBIN WOOD-Förder\*innen, einige Aktive und Mitarbeitende in der Ahreifel für einen Besuch in der Waldakademie von Peter Wohlleben und um seine Buchenwälder zu erleben.*

In dem wunderschön gelegenen Wershofen mit Blick auf das Ahrgebirge trafen sich über 20 Förder\*innen zum Austausch, Kennenlernen und zu vielseitigen Diskussionen. Gleich zwei Erfolge wurde an den jeweiligen Abendveranstaltungen von den Fachreferentinnen Jana Ballenthien und Annika Fuchs ausführlich vorgestellt.



*Kaffeestunde mit Peter Wohlleben in Wershofen. Wir erfuhren, warum alte Wälder so wichtig sind und wie stark sie die Umgebung kühlen und mit Feuchtigkeit versorgen*

Letztes Jahr war es nach mehr als zehn Jahren gelungen, der Verbrennung von Holzbiomasse im Großkraftwerk Tiefstack eine endgültige Absage zu erteilen! Nicht weniger freute uns der Erfolg der Petition: „Eichen retten – Porsche stoppen“. Pläne des Automobilherstellers, einen alten Steineichenwald für eine Teststrecke zu roden, werden dank der Unterschriften und des Druckes auf die EU Kommission nicht mehr umgesetzt.

Am Sonnabend war es endlich so weit. In zwei Gruppen eingeteilt wurden die Interessierten durch die saftig grünen Buchenwälder der Eifel geführt. Die Waldranger Patrick und Jan zeigten uns Erstaunliches, Bekanntes und Unbekanntes: Einen Vulkan, dessen Buchen nach 200 Jahren bereits einen Urwaldcharakter vermittelten, weil die lichten Verhältnisse des Weinanbaus das schnelle Wachstum begünstigt hatten. Interessant zu sehen waren auch die Wurzeläusläufer der Zitterpappel oder Espe (Pando), die sich ihren unterirdischen Weg bahnen. Oder der Nachweis, wie Bäume trinken.

Der gelungene Tag gipfelte in einem warmen Picknick der Teilnehmenden. Im Wald wurde in einer Küche unter freiem Himmel ein unglaublich schmackhaftes Essen zubereitet. Vielleicht lag es auch daran, dass sich alle am Schneiden des Gemüses oder Umrühren der Gnocchi beteiligen mussten. Auf jeden Fall schmeckte es gleich dreimal so gut, vielleicht auch, weil wir mit unseren dampfenden Tellern auf dem weichen Waldboden saßen.



Gruppenbild im Wohllebensch Wald



Wanderung im Wald mit einem selbstgekochem Gnocchi-Gemüse-topf als Höhepunkt



Walderlebnis, Vorträge am Abend und der sehr berührende Film über die Zerstörung vom Dorf Lacoma für die Braunkohle machten das Treffen zu einer sehr gelungenen Veranstaltung



Ein Highlight am Abend war der Preview des Filmes „Lacoma – der Kohle im Weg“. 1992 wird erstmals ein Dorf aus Protest gegen den Braunkohleabbau besetzt: Lacoma. Junge Menschen aus der Lausitz führen als „Neusiedler“ einen Kampf weiter, der schon in der DDR begann. Der emotional sehr berührende Film zeigt auch ROBIN WOOD-Aktive, die für den Erhalt Lakomaer Teiche das Dorf besetzten. Alexander Gerschner, seit vielen Jahren Teil von ROBIN WOOD, nahm die Zuschauenden mit seinen eigenen Erfahrungen und Emotionen mit in dieses wundervolle Gebiet, das es so nicht mehr gibt.

Nach einem herausragenden und unglaublich vielseitigen Frühstück brachen wir sonntags zu einer kleinen Abschlusswanderung auf. Die Veranstaltung endete im Café Blattwerk der Waldakademie. Das 21. Förder\*innen-Treffen hat sehr viel Spaß gemacht. Der interessante Austausch zu unseren wichtigen Themen, Rückmeldungen zur Arbeit von ROBIN WOOD oder einfach auch nur das gesellige Beisammensein haben diese drei Tage zu einer einmaligen Veranstaltung gemacht.

Andrea Zander  
ROBIN WOOD, Hamburg



Der Wald hier darf sich ungestört entwickeln und kann so seine ganze Kraft als Klima- und Artenschützer entfalten



Fotos: ROBIN WOOD



# Lasst uns über Morgen reden.

INFORMATIONEN ZU TESTAMENT UND ERBSCHAFT

ROBIN WOOD

## Eine Entscheidung für das Leben

Was vor über 40 Jahren mit einer Handvoll engagierter Menschen begann, brachte viele spektakuläre Aktionen in der deutschen Umweltgeschichte. Heute ist ROBIN WOOD in Deutschland nicht mehr wegzudenken, wenn es um den dringend nötigen Schutz der Wälder und Tropenwälder geht oder um die sozial-ökologische Transformation im Bereich Mobilität und Energie.

### Stärken Sie unseren Verein für die großen Herausforderungen in der Zukunft

Mit der Entscheidung, ROBIN WOOD im Testament zu bedenken, können Sie dazu beitragen, dass wir uns fachlich kompetent und kenntnisreich auch in Zukunft für eine bessere Welt aktivistisch einsetzen können. Ihr Erbe macht es möglich, Ihre guten Intentionen umzusetzen und das, was Ihnen wichtig ist, weiterzureichen. Ein Testament kann somit eine Entscheidung für das Leben sein!

Sie können daran mitwirken, ROBIN WOOD für die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte zu stärken. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe, des Artensterbens und der weltweit zunehmenden Extremwetterereignisse war es nie wichtiger, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Ihr Testament kann Ihr Beitrag sein, eine lebenswerte Welt an die nächsten Generationen weiterzugeben.

### Nachlässe an ROBIN WOOD sind von der Erbschaftssteuer befreit

Der Staat belohnt die gute Tat. Nachlässe an gemeinnützige Organisationen wie ROBIN WOOD sind von der Erbschaftssteuer befreit. Ihr Nachlass kommt also voll und ganz unserem Engagement für die Wälder und einer lebenswerten Zukunft zugute.

Um über gesetzliche Regelungen zu informieren, haben wir uns im Team zusammengesetzt und eine Nachlassbroschüre entwickelt. Sie bietet einen Überblick über die gesetzliche Erbfolge, die gültige Form eines Testaments und Möglichkeiten, dieses zu gestalten. Den fachkundigen Rat einer Notarin oder eines Notares ersetzt sie natürlich nicht.

Bestellen Sie kostenfrei Informationen zu Testament und Erbschaft unter der Telefonnummer: 040 – 380 892-0 oder senden Sie eine E-Mail mit der Anfrage an [testament@robinwood.de](mailto:testament@robinwood.de).



Andrea Zander & Christiane Weitzel



Fotos: ROBIN WOOD

## Gemeinsam für die Wälder

Die ROBIN WOOD-Waldfachgruppe traf sich Anfang Juli 2025 für ein Wochenende, um sich über Kampagnen und Aktionen zum Thema Wald auszutauschen und Erfolge, wie den Stopp von Porsches Teststrecke in Apulien zu feiern. Bei einer Waldführung mit dem Hann Mündener Forstamtsleiter Christoph Oldenburg und dem Beauftragten für Waldökologie und Naturschutz Martin Nitsche konnten die Aktiven und Interessierten Neues lernen. Das Treffen nutzen die Waldschützer\*innen, um sich mit der schwedischen Umweltorganisation Skyddaskogen zu vernetzen.

*Wenn Sie auch für die Wälder aktiv werden möchten, melden Sie sich bitte bei [aktivwerden@robinwood.de](mailto:aktivwerden@robinwood.de).*



anzeige 

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

# STICHWORT BAYER

**DAS  
KONZERNKRITISCHE  
MAGAZIN**

**WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO**

Fax 0211 – 26 11 220 // Fon 0211 - 33 39 11 // [info@stichwort-bayer.de](mailto:info@stichwort-bayer.de) // [www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de)

#unrecyclebar

VOLL

VON

DER

ROLLE



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.



**ROBIN WOOD**  
Gewerkschaft Arbeitsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD [www.robinwood.de/spenden](http://www.robinwood.de/spenden)  
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

föp

## Die verborgene Welt der Insekten und anderer Lebewesen

Totholz ist viel mehr als nur der umgefallene tote Baum im Wald. Totholz bietet Lebensräume für Insekten und andere Organismen. Egal ob unter Wasser oder unter der Erde oder in unseren Städten – überall finden wir ein enges Zusammenspiel von Verfall und neuem Leben. Beim genauen Hinsehen können wir erkennen, wie bestimmte Arten Lebensgrundlagen für andere Tiere und Pflanzen schaffen. Totholz lehrt uns auch einen positiven Blick für das Zusammenleben mit hiesiger Biodiversität. Diesbezüglich hat sich erfreulicherweise in den vergangenen 100 Jahren einiges verbessert. Das Buch ist eine spannende Reise durch verborgene Lebenswelten von Insekten, Pilzen und anderen Wesen im Totholz in Wäldern, Parks und in unseren Gärten.

Thomas Hörren ist begeisterter Biodiversitätsforscher und Vorsitzender des Entomologischen Vereins Krefeld. Er war maßgeblich an der „Krefelder Studie“ beteiligt, durch die das Insektensterben bekannt wurde. Seine Wissenschaft kommuniziert er erfolgreich in Medien und Social Media – als @totholz.thomas begeistert er eine große Fangemeinde auf Instagram.



Thomas Hörren  
Vom Leben im Totholz  
Residenz Verlag 2025  
28,00 Euro, 192 Seiten  
ISBN: 9783701736201

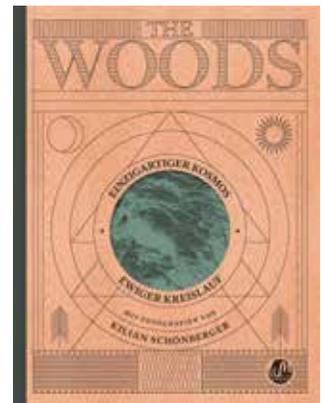
## The Woods, die Wälder

Der Bildband „The Woods“ zeigt den Wald wie er wirklich ist: ein komplexes, lebendiges System, das unsere Erde im Gleichgewicht hält, das unsere volle Aufmerksamkeit und unseren Schutz verdient. The Woods offenbart die symbiotische, jahrtausendealte Beziehung zwischen Wald und uns Menschen, die uns gerade heute, in hektischen und unsicheren Zeiten, Kraft und Ruhe schenkt. Das besonders interessante und aufwändige Cover ist aus nachhaltigem Naturpapier und mit einer rundlichen Ausstanzung gefertigt, so dass es sich sogar wie ein Baum anfühlt.

Kilian Schönberger hat mit stimmungsvollen Fotografien einen Bildkosmos geschaffen, der den Wald mit seiner stillen Schönheit lebendig werden lässt. Informative Texte und kunstvolle Collagen aus Naturzitataten und Fotografie werten den Bildband auf. Das Werk ist in vier Themen gegliedert:

- **Mensch und Mythos Wald:** Kulturgeschichtlicher Kreislauf
- **Das Herz des Waldes:** Ökologischer Kreislauf
- **Der Wald als Kraftquelle:** Energetischer Kreislauf
- **Der Wald als Symbol des Lebens:** Ewiger Kreislauf des Lebens

The Woods regt dazu an, die eigene Beziehung zur Natur zu reflektieren, auf dieser Grundlage optimistisch in die Zukunft zu blicken und das Handeln entsprechend den neuen Erkenntnissen zu verändern.



Kilian Schönberger  
The Woods: Einzigartiger  
Kosmos – Ewiger Kreislauf  
September 2025, WE MIND  
PUBLISHING  
80 Euro, 304 Seiten  
ISBN 978-3-911408-01-1



Fotos: Kilian Schönberger



## FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE  
FÜR ROBIN WOOD,  
WEIL IHNEN DIE WÄLDER  
AM HERZEN LIEGEN



# Spenden statt Geschenke

*Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Wir hoffen, dass es auch in diesem Jahr gute Gründe zum Feiern gibt!*

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie Ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es Ihren Lieben auch leicht, Ihnen eine Freude zu bereiten. Es ist sehr unkompliziert, an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir Ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch eine Spendenbescheinigung und ein Dankeschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.



*Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an Andrea Zander: [andrea.zander@robinwood.de](mailto:andrea.zander@robinwood.de). Oder bestellen Sie unseren Infoflyer unter Tel.: 040 380892-13.*

## **impressum**

**ROBIN WOOD-Magazin:** Nr. 166/3.25  
Zeitschrift für Umweltschutz  
und Ökologie  
ISSN: 1437-7543  
Erscheinungsweise vierteljährlich

### Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Dr. Vitus Heller, Moritz Heck, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

### Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin  
Bundesgeschäftsstelle  
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0, Fax: -14  
[magazin@robinwood.de](mailto:magazin@robinwood.de)

### Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder\*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

### Gesamtherstellung:

creo Druck & Medienservice GmbH  
Bamberg. Bogenoffsetdruck, Auflage:  
7.000, gedruckt mit mineralölfreien  
Farben auf 100 % Recyclingpapier mit  
dem Blauen Engel.

### Titelbild:

Foto: ROBIN WOOD/Linckh

### Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.  
Sozialbank Hannover  
IBAN: DE 93 37020500 00084 555 00  
BIC: BFS WDE 33XXX



[info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de)  
[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)

Zur Erinnerung: Neues Konto, unser Einsatz bleibt! Wir hatten es getan. Kontoumstellungen sind mühsam und werden schnell überlesen. Damit Sie weiterhin unseren Einsatz für die Wälder und die Klimagerechtigkeit unterstützen können, schauen Sie bitte kurz auf Ihren Dauerauftrag an ROBIN WOOD. Die Sozialbank Hannover bleibt, aber die Nummer hat sich geändert: IBAN: DE93 3702 0500 0008 4555 00, BIC: BFS WDE 33XXX  
Seit mehr als 40 Jahren kämpfen wir gemeinsam für die Wälder unserer Erde, ein gutes Klima, eine Energie- und Mobilitätswende sowie ökologische und soziale Gerechtigkeit. Danke, dass Sie uns auch weiterhin unterstützen, denn nur mit Ihrer Spende können wir aktiv sein.

KEINE  
GEWINNE  
OHNE  
GEWISSEN



NIMM'S IN DIE HAND:  
RETTE MIT UNS DAS  
LIEFERKETTENGESETZ

Das Lieferkettengesetz schützt Menschen weltweit vor Ausbeutung und die Umwelt vor Zerstörung. Seit 2023 gilt es in Deutschland, im April 2024 wurde dann die EU-Richtlinie beschlossen. Sie soll ab 2028 gelten. Doch nun drohen Rückschritte: Die neue Bundesregierung will das deutsche Gesetz abschwächen. Auf EU-Ebene versucht sie mit weiteren Regierungen und Lobbygruppen, die Richtlinie in entscheidenden Punkten zu entkernen. Der politische Wind hat sich gedreht. Jetzt braucht das Gesetz unsere Unterstützung. Noch ist alles möglich: Jetzt zählt unser Einsatz! Bitte unterzeichnen Sie unsere Online-Petition. [www.robinwood.de/petition-lieferketten](http://www.robinwood.de/petition-lieferketten). Mehr Infos finden Sie ab Seite 20 dieser Magazinausgabe.

## ROBIN WOOD: aktiv für Natur und Umwelt

Seit mehr als 40 Jahren setzen wir uns aktiv für Natur und Umwelt ein. Für den Schutz der Wälder weltweit, für Erneuerbare Energien und für eine echte Mobilitätswende machen sich die Aktiven von ROBIN WOOD stark. Ermöglichen Sie unser Engagement auch in Zukunft mit Ihrer großzügigen Spende. Herzlichen Dank!

### Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via  
E-Mail: [info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de)  
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

\_\_\_ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.  
Geschäftsstelle  
Bremer Str. 3  
  
21073 Hamburg

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift

# HALTUNG



# STATT

# ENTWALDUNG.

NIMM'S IN DIE HAND:  
RETTE MIT UNS DAS

**LIEFERKETTENGESETZ**

Das Lieferkettengesetz ist in Gefahr. Dabei bekämpft es das klimaschädliche Vorgehen bei der Sojaproduktion im brasilianischen Cerrado.  
[lieferkettengesetz.de](http://lieferkettengesetz.de)



**INITIATIVE  
LIEFERKETTEN  
GESETZ.DE**